

Schülerbeförderung wird für alle Fünft- bis Zehntklässler kostenlos

Mainz (epd). Ab dem kommenden Schuljahr müssen sich Eltern von Fünft- bis Zehntklässlern in Rheinland-Pfalz nicht mehr an den Kosten für die Schülerbeförderung beteiligen. Die Landesregierung einigte sich am Dienstag auf eine entsprechende Gesetzesinitiative. Bisher hatten nur Haupt- und Realschüler Anspruch auf eine kostenlose Beförderung zur nächstgelegenen Schule. Diese Regelung hatte der Verfassungsgerichtshof in Koblenz jedoch Ende 2010 als rechtswidrig verworfen und das Land zu einer Gesetzesänderung bis Juli 2012 verpflichtet.

Nach Angaben des Bildungsministeriums führt die Abschaffung der Elternbeiträge bei Land und Kommunen zu zusätzlichen Ausgaben in Höhe von jährlich etwa 15 Millionen Euro. Landesweit nutzen etwa 70 Prozent aller Fünft- bis Zehntklässler an Gymnasien und Gesamtschulen Busse oder die Eisenbahn, um zum Unterricht zu gelangen. Bisher war etwa ein Viertel aller Gymnasiasten und Gesamtschüler von der Eigenbeteiligung befreit, weil die Eltern nur über ein geringes Einkommen verfügten.

Dalai Lama dankt Westen und chinesischen Intellektuellen

Ministerpräsident Bouffier bekundet Solidarität

Wiesbaden (epd). Der Dalai Lama hat chinesischen Intellektuellen für die Unterstützung des tibetischen Volks im Kampf um mehr Unabhängigkeit gedankt. In den vergangenen Jahren seien immer mehr Intellektuelle Tibet bei ihrem gewaltlosen Eintreten beigeesprungen, sagte das geistliche Oberhaupt der sechs Millionen Tibeter am Dienstag im Wiesbadener Landtag. „Das ist für uns ein sehr hoffnungsvolles Zeichen.“ Der Dalai Lama sprach am zweiten Tag seiner dreitägigen Hessen-Reise zu den Abgeordneten.

Vor über 100 Parlamentariern und Ehrengästen äußerte er sich zudem zufrieden über die Solidarität des Westens mit Tibet: „Die Unterstützung aus der freien Welt ist eine starke Botschaft an die chinesische Regierung“, sich des Problems anzunehmen, sagte der 76-jährige Friedensnobelpreisträger. Eine Lösung der tibetischen Frage könne jedoch nur zwischen Han-Chinesen und Tibetern erreicht werden.

Der Dalai Lama strich heraus, dass sein Rückzug von den politischen Ämtern ein wichtiger Schritt für Tibet auf dem Weg zu Demokratie sei. Das tibetische Volk sei „auf der Höhe der Zeit angekommen“, sagte er. Gleichzeitig warf er dem chinesischen Regime vor, „ihn als Dämon“ zu bezeichnen. Mit Blick auf seinen Rückzug als politischer Führer ergänzte er mit ironischem Unterton: „Ich denke, in diesem Punkt hat der Dämon mehr geleistet als die chinesische Führung.“

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) nannte den Kampf des Dalai Lamas für mehr Unabhängigkeit seines Volkes legitim: „Wir wünschen Ihnen und dem tibetischen Volk Erfolg in ihrem Bemühen um kulturelle Autonomie. Die hessische Landesregierung unterstützt dieses Bemühen“, sagte der CDU-Politiker und ergänzte sogleich: „Wir legen Wert auf gute Beziehungen zu China.“

In den vergangenen Wochen hatte China gegen den Besuch des Dalai Lamas in Hessen protestiert. Der chinesische Generalkonsul Wen Zhenshun wurde im Landtag und in der Staatskanzlei vorgestellt, wie die Sprecherin des Landtags, Heike Dederer, sowie der Regierungssprecher Michael Bußer bestätigten.

Der Dalai Lama war bereits mehrfach in Hessen, der ehemalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) pflegte enge Kontakte zum geistlichen Oberhaupt der Tibeter. Der Ex-Regierungschef und der Dalai Lama nennen sich Freunde. Zum Abschluss seiner Visite in Hessen besucht er diesen Mittwoch die Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg und hält dort eine Rede.

Der Dalai Lama wurde am 6. Juli 1935 unter dem Namen Lhamo Thöndup im Nordosten Tibets geboren. Nach der chinesischen Invasion in Tibet und dem Volksaufstand in der tibetischen Hauptstadt Lhasa floh er 1959 nach Indien. Seitdem hat er seinen Sitz in der nordindischen Stadt Dharamsala, ebenfalls Sitz der tibetischen Exilregierung.

Das geistliche Oberhaupt setzt sich seit Jahrzehnten für die Selbstbestimmung der Tibeter ein. Dabei plädiert er für eine Autonomie und gewaltfreies Vorgehen. Die chinesische Regierung lehnt einen Dialog mit ihm ab. Im vergangenen März zog er sich von seinen politischen Ämtern zurück.

Autoren fordern Solidarität statt Mitleid mit Ostafrika

Frankfurt a.M. (epd). Mit Blick auf die Hungersnot in Ostafrika fordern 35 Schriftsteller solidarisches Handeln und strukturelle Veränderungen, um solche Katastrophen künftig zu verhindern. „Die Hungernden haben ein Recht auf Anerkennung als Bürgerinnen und Bürger dieser Welt“, heißt es in einem Aufruf mit dem Titel „Rechte statt Mitleid für Ostafrika“, der am Dienstag in Frankfurt am Main veröffentlicht wurde.

Maßgeblich verfasst wurde der Appell von dem somalischen Romanautor Nuruddin Farah, der auch für den Literaturnobelpreis gehandelt wird, und dem deutschsprachigen Publizisten Ilija Trojanow. Mitgewirkt hat auch das Hilfswerk medico international mit Sitz in Frankfurt. „In der Hungersnot in Ostafrika zeigen sich die katastrophalen sozialen Folgen, vor denen uns Klimaforscher seit Jahren warnen“, erläuterte Trojanow.

Zu den Mitunterzeichnern gehören auch die Autorin und diesjährige Trägerin des Caine-Preises, NoViolet Bulawayo (Simbabwe), der kenianische Schriftsteller Meja Mwangi und der ungarische Romancier Péter Esterházy, der 2004 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt. Ebenso vertreten sind der Österreicher Christoph Ransmayr und der deutsche Krimi-Autor Jan Seghers.

Sie fordern die aktive Bekämpfung des menschenverursachten Klimawandels, den Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft, ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln und des modernen „Landraubs“ durch Investoren. Vor allem in Äthiopien seien riesige fruchtbare Gebiete an Ausländer verkauft worden, die dort Lebensmittel für den Export oder die Biospritproduktion anbauten, hieß es.

Für das Sterben in Ostafrika sei nicht nur die Dürre verantwortlich, sondern auch der Klimawandel, die neoliberale Ideologie, Militärinterventionen und instabile Getreidemärkte, heißt es in dem Aufruf. Die Staatenwelt sei nicht willens, „die verschiedenen Warlords, die seit 20 Jahren Somalia zerstören, international zu ächten und zu verfolgen“.

In Ostafrika sind zwölf Millionen Menschen von Hunger infolge einer schweren Dürre bedroht. Im Bürgerkriegsland Somalia ist die Not am schlimmsten. Dort sind 3,7 Millionen Menschen dringend auf Überlebenshilfe angewiesen. Islamistische Milizen verweigern jedoch dem Welternährungsprogramm den Zugang zu den Gebieten unter ihrer Kontrolle. Der Flüchtlingsstrom nach Kenia und Äthiopien hält an. Beide Länder leiden selbst unter der extremen Trockenheit.

Internet: www.medico.de

Verein „LobbyControl“ erhält Fairness-Initiativpreis

Frankfurt a.M. (epd). Der Kölner Verein „LobbyControl“ erhält den Fairness-Initiativpreis 2011. Wie das Kuratorium der Frankfurter Fairness-Stiftung am Dienstag mitteilte, wird die undotierte Auszeichnung am 29. Oktober bei einem Festakt in der Bankenstadt überreicht.

LobbyControl klärt den Angaben zufolge über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der Europäischen Union auf. Die Initiative trete ein für klare Schranken der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit.

Zudem berichte der seit 2006 als gemeinnützig anerkannte Verein, der sich überwiegend aus Spenden finanziert, über Netzwerke und Lobbying hinter den Kulissen, hieß es. Eigene Recherchen dienten dazu, verdeckte Einflussnahme offen zu legen. „Darin sieht die Fairness-Stiftung einen bedeutenden Beitrag zu Demokratie und Politik zugunsten der Bürger“, sagte Norbert Copray, Direktor der Fairness-Stiftung.

Der Preis wird jährlich nach einer Abstimmung durch das Publikum vergeben und würdigt Initiativen des 21. Jahrhunderts, die sich in speziellen Themenfeldern für mehr Fairness in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft einsetzen. Daneben verleiht die Fairness-Stiftung den Deutschen Fairness-Preis an Personen oder Unternehmen.

Die Fairness-Stiftung wurde im Mai 2000 als gemeinnützige GmbH gegründet. Sie ist Mitglied im Deutschen Spendenrat und im Bundesverband deutscher Stiftungen. Die Fairness-Stiftung entwickelt unter anderem Modelle und Instrumente, wie Firmen fair wirtschaften können. Das geschieht vor allem durch Beratung und Coaching.

Internet: www.lobbycontrol.de; www.fairness-stiftung.de

Regierungspressekonferenz wird im Internet übertragen

Mainz (epd). Die rheinland-pfälzische Landesregierung überträgt am Mittwoch erstmals eine Pressekonferenz komplett als Live-Stream im Internet. Alle interessierten Bürger könnten dann vom eigenen Computer aus verfolgen, wie Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) eine Bilanz der ersten 100 Tage ihrer gemeinsamen Regierung ziehen, teilte die Staatskanzlei am Dienstag in Mainz mit. Journalisten, die eine Frage stellen wollen, müssten allerdings persönlich vor Ort erscheinen, hieß es auf Nachfrage.

Bürger können sich nach den Angaben der Staatskanzlei durch die neue Möglichkeit leichter ein „ungefiltertes Bild“ von Politik machen. Ob künftig weitere Regierungspressekonferenzen im Internet übertragen werden, hänge davon ab, wie stark das Angebot genutzt werde. In einigen Bundesländern werden bereits die kompletten Landtagsdebatten als Live-Stream im Internet übertragen oder auf den Webseiten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens eingestellt. In Rheinland-Pfalz gibt es solche Landtagsübertragungen bislang noch nicht.

Internet: www.rlp.de

Christlich-jüdische Gesellschaften rügen Pfarrerblatt

Bad Nauheim (epd). Die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit haben einen Beitrag im „Deutschen Pfarrerblatt“ als „juden- und israelfeindlich“ gerügt. Vom Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, erwarte man eine „klärende Stellungnahme“, teilte der Dachverband von mehr als 80 christlich-jüdischen Gesellschaften am Dienstag in Bad Nauheim mit. In einem Schreiben an Schneider sprechen Präsidium und Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates von „schwerwiegenden Bedenken und ernsten Rückfragen“, die der Beitrag im Pfarrerblatt hervorrufe.

Der Aufsatz im Pfarrerblatt plädiere mit „vorgeblich christlich-theologischen Argumenten“ für eine Absage an die theologisch begründete Solidarität mit Israel, heißt es in der Stellungnahme des Koordinierungsrates. Überdies werde die Rechtmäßigkeit der Gründung Israels bezweifelt sowie der Vorwurf erhoben, vor der Staatsgründung habe Israel palästinensisches Land „geraubt“.

In dem Beitrag des Pfarrerblattes werde zudem der rheinische Synodenbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden aus dem Jahr 1980 als „theologisch fragwürdiger Versuch, Schuld zu kompensieren“ gewertet, kritisieren die Gesellschaften.

In der Erklärung der rheinischen Synode hieß es: „Wir glauben die bleibende Erwählung des jüdischen Volkes als Gottes Volk und erkennen, dass die Kirche durch Jesus Christus in den Bund Gottes mit seinem Volk hineingenommen ist.“ Der Beschluss der rheinischen Landessynode gilt als Meilenstein für den christlich-jüdischen Dialog. Mehrere Landeskirchen beschlossen ähnliche Erklärungen oder änderten ihre Verfassungen.

Das Stichwort: Totenruhe im Judentum

Mainz (epd). Nach dem jüdischen Religionsgesetz, der Halacha, darf die Totenruhe grundsätzlich nicht gestört werden. Jüdische Gräber gelten als Eigentum der Toten und dürfen - bis zur erwarteten Auferstehung der Verstorbenen - nicht angerührt oder aufgelöst werden. Eine Wiederverwendung von Gräbern, wie auf christlichen Friedhöfen in Deutschland weit verbreitet, ist wegen des ewigen Ruherechts im Judentum undenkbar.

Auch Friedhöfe, die im Laufe der Geschichte geschändet und eingeebnet wurden, können nach jüdischer Auffassung nicht neu genutzt oder gar bebaut werden. Eine Umbettung der sterblichen Überreste Verstorbener ist nur in äußerst seltenen Sonderfällen erlaubt.

In der Bundesrepublik gibt es derzeit rund 2.000 jüdische Friedhöfe. Viele von ihnen liegen in Dörfern und Kleinstädten, in denen seit dem Holocaust kein eigenständiges jüdisches Leben mehr existiert. Daher ist derzeit allein die Jüdische Gemeinde in Mainz für rund 70 Friedhöfe zuständig, die verteilt auf das Gebiet mehrerer Städte und Landkreise liegen.

Seit dem Ende der NS-Zeit kümmern sich vielfach Mitarbeiter der jeweiligen Kommunen um Instandhaltungsarbeiten, wie die Sicherung von Grabsteinen und Friedhofsmauern. Nach Einschätzung des Mainzer Judaistik-Professors Andreas Lehnardt kommt der Staat seinen Verpflichtungen meist in vorbildlicher Weise nach. Mancherorts würden selbst jahrhundertealte historische Grabsteine wie neu aussehen.

„Vielleicht ist das gar nicht im Sinne des Erfinders“, sagte Lehnardt dem epd. Traditionell seien jüdische Gräber nie so intensiv gepflegt worden wie die auf christlichen Friedhöfen. Sie seien zwar auf ewig angelegt, würden aber in der Regel irgendwann sich selbst überlassen. Grabsteine seien auch nach jüdischem Verständnis keine Kulturdenkmäler, die erhalten werden müssten.

Der Friedhof des Herrn K.

Als Bauland ausgewiesenes jüdisches Gräberfeld sorgt für Ratlosigkeit
Von Karsten Packeiser (epd)

Mainz (epd). Das Bauschild auf der Wiese ist wieder abgebaut, und die neue Einbauküche bleibt wohl noch länger in einer Garage eingelagert. Derzeit steht für Matthias K. aus dem rheinland-pfälzischen Wallertheim in den Sternen, wie es mit seinem Traum vom Eigenheim weitergeht. Der Unternehmensberater hatte ein Baugrundstück gekauft und wurde damit, ohne es zu ahnen, zum Eigentümer des alten jüdischen Dorffriedhofes. Für gläubige Juden stellen Bauarbeiten auf einem für die Ewigkeit angelegten Gräberfeld einen inakzeptablen Tabubruch dar.

Seit die Kreisverwaltung Alzey-Worms vor zwei Monaten einen Baustopp anordnete, steckt der 30-jährige Bauherr in einem Dilemma, an dem er selbst offensichtlich keinerlei Schuld trägt. Das Gelände war 1992 von der Gemeinde als Baugebiet ausgewiesen worden, alle nötigen Genehmigungen lagen bereits vor. Derzeit versuchen die zuständigen Behörden das weitere Prozedere zu klären. Auch eine internationale Rabbiner-Delegation wollte sich am Dienstag vor Ort ein Bild von der Lage machen.

Matthias K. hat, wie er selbst sagt, längst kein Interesse mehr daran, auf einem Friedhof zu bauen. Aber er fürchtet auch, auf Kosten von schätzungsweise 200.000 Euro sitzen zu bleiben, obwohl er selbst nichts Falsches getan habe: Ausgaben für ein nicht verwertbares Grundstück, Grunderwerbssteuer, Konventionalstrafen an das Bauunternehmen und die Bank. „Das sind Summen, bei denen es um die finanzielle Existenz geht“, sagt er.

Nachdem er etliche Stunden mit Archivanfragen und dem Studium alter, teils in Sütterlinschrift verfasster Akten verbracht hatte, konnte Matthias K. die Geschichte des bis ins 19. Jahrhundert hinein genutzten Friedhofs inzwischen weitgehend rekonstruieren. Demnach war das Grundstück 1934 bei einem Flurbereinigungsverfahren von einem privaten Eigentümer übernommen worden. Der Zeitpunkt und die geringe Entschädigung legen die Vermutung nahe, dass die Abtretung unter Zwang erfolgte. Als Verwandte des heutigen Eigentümers die Fläche erwarben, hatte die im Laufe der Jahre schon mehrfach den Besitzer gewechselt.

Nach dem Ende der Hitler-Barbarei hatte sich die junge Bundesrepublik gegenüber dem Zentralrat der Juden verpflichtet, das ewige Ruherecht auf den jüdischen Gräberfeldern zu respektieren und die Anlagen zumindest mit einfachen Mitteln instand zu halten. Doch die Verpflichtung gilt nur für diejenigen Flächen, die in eine Liste mit bundesweit rund 2.000 Friedhöfen aufgenommen wurden. Der alte jüdische Friedhof von Wallertheim fehlt dort, anders als ein zweites, neueres Gräberfeld im Ort.

Einen Rechtsanspruch darauf, das Gelände auf ewige Zeit unangetastet zu erhalten, gebe es deshalb im vorliegenden Fall nicht, sagt Bauamtsleiter Herbert Schmitt: „Wir bewegen uns auf dem Boden des Moralischen.“ Wieso die Gräber in Vergessenheit gerieten, bleibt vorerst unklar. Weder der Ortsbürgermeister noch die jüdische Gemeinde Mainz wollten sich auf Anfrage zu der Angelegenheit äußern.

Es muss aber vor Ort immer Einwohner gegeben haben, die sehr wohl über die Vorgeschichte des Grundstücks Bescheid wussten. So wurde der Baustopp erlassen, bevor die Arbeiten überhaupt begonnen hatten - weil die Denkmalschutzbehörde den Hinweis eines Wallerheimers erhalten hatte, dass in seinem Dorf ein jüdischer Friedhof zugebaut werden solle.

Auch anderenorts in der Bundesrepublik scheiterten Bauvorhaben bereits an unerwartet entdeckten jüdischen Gräbern. In Mainz etwa waren Arbeiter im Jahr 2007 in einer Baugrube nahe des bekannten jüdischen Friedhofs auf teils über 900 Jahre alte Grabsteine gestoßen. Die Stadt ließ das Projekt stoppen und stellte dem Bauunternehmer ein Alternativgrundstück zur Verfügung. Gegen den Bau eines Einkaufszentrums in Hamburg-Ottensen demonstrierten Anfang der 1990er Jahre fromme Juden aus aller Welt. Das Gebäude wurde trotz der Proteste fertiggestellt, aber zumindest ohne die ursprünglich geplante Tiefgarage.

Experten fordern Umstellung der Behindertenhilfe

Fulda/Osnabrück (epd). Die Einrichtungen der Behindertenhilfe müssen nach Ansicht von Experten in Zukunft viel flexibler auf die individuellen Bedürfnisse von behinderten Menschen reagieren. „Wir gehen dem Kollaps entgegen, wenn wir nur stationäre Antworten haben auf die zunehmende Zahl von Hilfsanfragen“, warnte Petra Gromann von der Hochschule Fulda am Montag in Osnabrück.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung steige zwar nicht an. Aber immer mehr Behinderte hätten keine Familien oder sonstigen sozialen Bindungen mehr, in denen sie betreut werden könnten, sagte die Professorin für soziale Arbeit am Rande einer Tagung für Fachleute und Mitarbeiter der Behindertenhilfe. Allein in beschützenden Werkstätten oder Wohnheimen könnten diese Aufgaben künftig nicht mehr geleistet werden.

Zudem fordere die Behindertenrechtskonvention die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in der Gesellschaft. „Wer aber erst einmal drin ist im Sondersystem, kommt so schnell nicht wieder raus“, sagte Gromann. Zu einem sogenannten personenzentrierten Ansatz gehörten etwa ein möglichst

selbstbestimmtes Wohnen mit Hilfen in der eigenen Wohnung und betreute Arbeitsplätze auch außerhalb der Werkstätten.

Erste Modellprojekte vor allem in Hessen hätten gezeigt, dass angepasste Hilfen sogar ohne Kostensteigerungen möglich seien. Auch führten solche Umstellungen nicht zu Entlassungen beim Betreuungspersonal, unterstrich die Expertin: „Es ändern sich nur die Orte, an denen das Personal eingesetzt wird.“

Den meisten karitativen, diakonischen und staatlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe sei bewusst, dass ein solcher Systemwechsel unausweichlich sei. Allerdings müssten auch die Kostenträger und staatliche Stellen den Wandel unterstützen. Denn auch Finanzierungsmodelle könnten sich dann nicht länger ausschließlich an der Unterscheidung zwischen stationären und ambulanten Hilfen orientieren. Es müsse Mischformen geben.

Gymnasien ohne Sitzenbleiben

Saarland startet Modellversuch

Saarbrücken (epd). Ein auf vier Jahre angelegter gymnasialer Modellversuch „Fördern statt Sitzenbleiben“ ist am Montagnachmittag in Saarbrücken offiziell eröffnet worden. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) sprach bei der Vorstellung von einem Einstieg in eine neue Lern- und Förderkultur beim Umgang mit Schwächen von Gymnasialschülern. In den ersten beiden Jahren würden an den beteiligten weiterführenden Schulen keine Versetzungsentscheidungen getroffen, sondern der Fokus auf eine gezielte individuelle Förderung gelegt.

Ab diesem Schuljahr wird nach Ministeriumsangaben zunächst in der Klassenstufe fünf das Sitzenbleiben probeweise ausgesetzt, im kommenden Jahr auch in der Klassenstufe sechs. Die Möglichkeit einer freiwilligen Klassenwiederholung bleibe erhalten, hieß es. Die elf teilnehmenden Gymnasien stellten ihre Förderkonzepte vor und diskutierten diese mit Wissenschaftlern und Didaktikexperten.

Die Schulen erproben ohne inhaltliche Vorgaben durch das Ministerium unterschiedliche Förderkonzepte. Zu den Methoden gehörten Lernstandstests, Lernverträge und Lerntagebücher, Einführung ins methodische Arbeiten, Einrichtung von Lernwerkstätten etwa in Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen sowie Einzelförderung in Kernfächern, hieß es. Dazu sei in den Klassen fünf und sechs eine zusätzliche Förderstunde vorgesehen. Jede Schule könne bis zu einem Drittel dieser Förderstunden in Geldmittel für besondere pädagogische Vorhaben umwandeln.

An dem freiwilligen Schulversuch beteiligt sich ein Drittel der saarländischen Gymnasien. Dort liegt die Nichtversetzungsquote nach Ministeriumsangaben in den ersten beiden Jahren bei etwa zwei Prozent.

Mainzer Alpinisten errichten Wegkapelle in den Tiroler Alpen

Mainz (epd). Die Mainzer Sektion des Deutschen Alpenvereins (DAV) hat mitten in den Tiroler Alpen eine Wegkapelle errichtet. Der Bau befindet sich neben der von den Mainzer Alpinisten betriebenen Kaunergrathütte auf 2817 Metern Höhe und soll Bergsteigern einen Ort für stille Andachten bieten. Die Kosten in Höhe von rund 27.000 Euro seien durch Spenden finanziert worden, sagte Peter Skoda von der Mainzer DAV-Sektion am Montag dem epd. Ein Großteil davon sei für Hubschrauberflüge angefallen, mit denen das Baumaterial in die Berge gebracht wurde.

Eine Baufirma aus Ingelheim habe daneben auf eigene Kosten zwei Maurer in die Berge entsandt, die im Juli trotz extremer Wetterbedingungen mit Frosteinbruch nur fünf Tage für den Bau benötigt hätten. Das „höchstgelegene Mainzer Gotteshaus“ soll bei einer Bergmesse am 3. September dem Heiligen Martin geweiht werden. Für Gottesdienste ist die Kapelle allerdings zu klein, gleichzeitig passen höchstens zwei Personen ins Innere. Vergleichbare Bauwerke gibt es in den Alpen bereits in der Nähe einer ganzen Reihe anderer Berghütten.

Internet: www.kaunergrathuette.at

Frauenmusikverlag „Furore“ feiert 25-jähriges Bestehen

Kassel (epd). Seit 25 Jahren vertreibt der Kasseler Furore-Verlag Noten und Bücher von und über Komponistinnen. Furore sei weltweit der einzige Musikverlag mit dem Schwerpunkt Frauen, teilte der Verlag am Montag in Kassel mit. Bisher habe das im September 1986 von Renate Matthei gegründete Unternehmen über 1.200 Werke von mehr als 150 musikschaftenden Frauen aus Europa, Amerika, Asien und Australien verlegt. Die Zeitspanne reiche vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Die bekannteste Komponistin im Furore Verlag ist Fanny Hensel (1805–1847), die Schwester von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Von ihr seien bisher über 160 Werke erstmalig veröffentlicht worden, darunter große Chor- und Orchesterwerke, teilte der Verlag weiter mit. Diese Werke fänden weltweit Beachtung. Im November 2010 habe das American Symphony Orchestra in der New Yorker Carnegie Hall Hensels „Oratorium“ nach Bildern der Bibel aufgeführt.

Demnächst solle das Oratorium von der Hongkong Oratorio Society mit einem mehr als 100-stimmigen Chor aufgeführt werden.

Lebenshilfe-Geschäftsführer Lachwitz tritt in Ruhestand

Marburg/Berlin (epd). Der Geschäftsführer der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Klaus Lachwitz, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Die neue Doppelspitze in der Bundesgeschäftsführung der Lebenshilfe bilden jetzt Ulrich Bauch und die Medizinerin Jeanne Nicklas-Faust, teilte die Lebenshilfe am Montag in Berlin mit.

Der 65-jährige Lachwitz aus Rauischholzhausen bei Marburg werde sich als ehrenamtlicher Präsident des Weltverbandes Inclusion International weiterhin für behinderte Menschen einsetzen. Die Organisation hat ihren Sitz in London und vertritt mehr als 200 Mitgliedsverbände in 115 Ländern. In seiner Amtszeit wolle Lachwitz die globale Umsetzung der UN-Konvention vorantreiben. Der Jurist habe daran mitgearbeitet, so die Lebenshilfe weiter. Mit Lachwitz stehe erstmals ein Deutscher an der Spitze von Inclusion International.

Die Lebenshilfe mit deutschlandweit 135.000 Mitgliedern versteht sich als Selbsthilfevereinigung geistig behinderter Menschen und ihrer Angehörigen. Sie ist Trägerverband für 3200 Einrichtungen und Dienste. Dort engagieren sich rund 60.000 hauptamtliche und etwa 15.000 ehrenamtliche Mitarbeiter.

Keltenschau im Weltkulturerbe Völklinger Hütte endete mit Besucherrekord

Völklingen (epd). Die am Sonntag zu Ende gegangene Ausstellung „Die Kelten – Druiden. Fürsten. Krieger.“ ist mit 195.830 Besuchern die bislang bestbesuchte Schau im Saarland. Sie liege knapp vor der Ausstellung „Prometheus“ aus dem Jahr 1998, die ebenfalls im Weltkulturerbe Völklinger Hütte gezeigt wurde, teilten die Veranstalter mit. „Wir sind sehr glücklich und stolz, dass es trotz der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Saarlandes möglich war, diese außergewöhnliche Ausstellung in Szene zu setzen“, erklärte Generaldirektor Meinrad Maria Grewenig.

Vom 20. November 2010 bis zum 21. August führten mehr als 1.650 Exponate von 40 europäischen Leihgebern die Besucher in die Zeit vor 2.500 Jahren, als die Region Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxemburg, Lothringen und Wallonien ein bedeutendes Zentrum keltischer Kultur war. Schon damals hätten die Kelten die Fähigkeit besessen, Eisen zu verhütten, hieß es.

Internet: www.voelklinger-huette.org

„Report Mainz“: Kritik an gesponserter Kampagne der Bundesregierung

Mainz/Berlin (epd). Eine komplett von der Drogeriemarktkette „dm“ finanzierte Anzeigenkampagne des Verbraucherschutzministeriums ist auf heftige Kritik gestoßen. Laut dem ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ hat „dm“ dem Ministerium zwölf Anzeigen in der „Bild“-Zeitung im Wert von rund 340.000 Euro gesponsert, teilte der Sender am Montag vor der Ausstrahlung mit. In den Anzeigen wirbt das Verbraucherschutzministerium für mehr Bewegung und gesunde Ernährung, zugleich präsentiert sich die Drogeriemarktkette in unmittelbarer Nähe zum Bundesadler und zu einem Porträtfoto des Parlamentarischen Staatssekretärs Gerd Müller (CSU).

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin bezeichnete die Werbeaktion im ARD-Politikmagazin als „völlig unakzeptabel“. Die Kampagne verletze das Neutralitätsgebot des Staates. Trittin empfahl Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) „dringend“, die Kampagne zu beenden. Es bestehe die Gefahr, dass das Sponsoring dazu führe, dass sich jemand für seine Kampagne den Staat kaufen könne, sagte Trittin.

Die Sprecherin für Verbraucherschutz der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß, kündigte an, die Kampagne zum Thema im Bundestag zu machen. Das Verbraucherschutzministerium mache sich zu einem Handlanger für ein Unternehmen, sagte sie laut „Report Mainz“.

Die beiden Staatsrechtler Ulrich Battis und Hans Herbert von Arnim bezeichneten die Anzeigenkampagne in dem ARD-Politikmagazin als rechtswidrig. Es sei in der Anzeige überhaupt keine Distanz des Ministeriums zum Unternehmen feststellbar, sagte Battis. Arnim sprach sogar von Verfassungswidrigkeit, weil das Ministerium „zumindest den bösen Schein erweckt, dass es hier seine Unabhängigkeit, seine Neutralität, die verfassungsrechtlich erforderlich ist, aufs Spiel setzt“.

Laut „Report Mainz“ lehnte das Verbraucherschutzministerium eine Stellungnahme ab. Eine Sprecherin bestätigte jedoch, dass die Anzeigenkampagne vollständig von „dm“ finanziert wird.

Eine Spritze für Pudelmädchen Dorine

Für die Behandlung der Hunde von Wohnungslosen sind Tierärzte auf Spenden angewiesen
Von Claudia Schülke (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Sanft streicht Tierärztin Maja Firlé dem Irish Setter über die rechte Weiche: „Don hat starke Schmerzen. Das Kreuzband ist gerissen, der Muskel hat sich zurückgezogen. Ich muss operieren.“ Doch die Operation kostet 800 Euro. So viel Geld hat keiner der Männer und Frauen, die sich mit ihren Vierbeinern wie immer am ersten Samstag des Monats in der Frankfurter City an der Hauptwache versammelt haben. Sie sind wohnungslos und müssen mit Hartz-IV-Bezügen von 364 Euro monatlich auskommen.

Schon seit Jahren hatte sich die Tierärztin aus Belgrad gefragt, wie die Hunde der Wohnungslosen, die voller Parasiten waren, medizinisch versorgt würden. „Gar nicht“, lautete stets die Antwort. Maja Firlé, die ihre deutsche Approbation an der Veterinärmedizinischen Fakultät Gießen erhalten hatte, beschloss, ihnen zu helfen.

Sie klinkte sich zunächst in die Szene der Punks ein und behandelte deren Hunde zu einem Minimalsatz oder auf Ratenzahlung. Eine kostenlose Behandlung lässt die Tierärztekammer auch in Härtefällen nicht zu. Die Dankbarkeit der Punks und Wohnungslosen, für die ihr Hund oft der einzig verlässliche Partner ist, bedeutet Firlé viel.

Doch die Veterinärin stieß unter ihren Kollegen auf Misstrauen. Daher gründete sie 2008 mit Gleichgesinnten einen Verein: Die „Soziale Tier-Not-Hilfe“ kommt seitdem für die Kosten der Behandlung und der Medikamente auf. Das Land Hessen hat dieses Engagement im vergangenen Jahr mit dem Hessischen Tierschutzpreis honoriert. Doch die 2.600 Euro waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Verein finanziert sich vor allem durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen war da spendabler. Mit 70 Prozent hat das Land die 2005 gestartete Tiersprechstunde des „Underdog“-Pilotprojekts der Düsseldorfer Obdachlosenhilfe „fiftyfifty“ unterstützt. Allerdings nur als Anschubfinanzierung über drei Jahre. Mittlerweile sind die fünf ehrenamtlichen Tierärzte des Vereins ebenfalls auf Spenden angewiesen. Immerhin konnten sie aus den Räumen der Wohnungslosenberatungsstelle in einen Bus umsteigen, um die Tiere vor Ort zu behandeln.

Die Grundversorgung sei kostenlos, sagt Projektleiterin Julia von Lindern. Die Hunde werden geimpft und entwurmt. Doch jeder dritte Hundehalter muss zuzahlen: etwa für Operationen oder bei der Behandlung von dauerhaften Herzfehlern. Dennoch sind die Düsseldorfer guten Mutes. Vor allem seit sie in

dem Dortmunder Verein „Dodog“ und in der Kölner Wohnungslosenberatungsstelle „Gulliver“ Kooperationspartner gefunden haben. „Wir sehen die Hunde auch als Brücke zum Menschen“, sagt Julia von Lindern.

Noch ein Jahr eher als die Düsseldorfer, nämlich 2004, hatten die „Menschen für Tierrechte“ in Saarbrücken als erster Verein bundesweit mit der tiermedizinischen Versorgung von Obdachlosen-Hunden begonnen. Wer sich als wohnungslos ausweisen kann, erhält einen Bezugsschein für einen Tierarzt seiner Wahl. Die Tierärzte rechnen dann mit dem Verein ab. „Allerdings war das der Bevölkerung zunächst schwer zu vermitteln“, sagt Vereinsvorstand Rolf Borkenhagen.

Auch in Berlin und Köln kümmern sich nach seiner Auskunft die „Menschen für Tierrechte“ um die Gesundheit der wohnungslosen Vierbeiner. In Hamburg bietet das Tierheim kostenlose Operationen und Behandlungen von Verletzungen an. Für die Prophylaxe wie Impfungen und Entwurmungen müssen die Wohnungslosen einen Minimalsatz zahlen. „Auch Überwinterungsmöglichkeiten haben wir hier“, sagt Mitarbeiter René Olhöft vom Hamburger Tierschutzverein. Allerdings würden diese nur ungern wahrgenommen.

„Der Nächste bitte!“, ruft Maja Firlé in die Runde, die an der Frankfurter Hauptwache diszipliniert wartet. Das Pudelmädchen Dorine ist schon geimpft, „Bluttausch“, der junge unerfahrene Mischling, zerrt an der Leine. Bei Buddy, einem weißen Labrador, hat sich eine Bisswunde entzündet. Maja Firlé kümmert sich auch darum. „Ich liebe meinen Beruf“, sagt die Tierärztin.

Internet: www.tier-not-hilfe.de

Rheinland-Pfalz und SWR vergaben „Ehrensache“-Preise für besonderes Engagement

Simmern/Mainz (epd). Beim Ehrenamtstag in Simmern haben der Südwestrundfunk (SWR) und das Land Rheinland-Pfalz am Sonntagabend Menschen für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet. Das Spektrum der Tätigkeiten der fünf Preisträger ging von der Integration behinderter Menschen bis zur Ausbildung von Therapiehunden für Wachkoma-Patienten. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) überreichte der Firma Natus aus Trier den „Corporate Citizenship“-Sonderpreis für die Integration Behinderter.

Die live im SWR-Fernsehen übertragene Verleihung der „Ehrensache“-Preise bot dem Publikum die Möglichkeit, mit zu entscheiden. Der SWR-Publikumspreis ging an Ellen Metzinger für das Training der Bambini-Fussballer der TuS Koblenz. Von der dreiköpfigen Jury, der die Sänger Julia Neigel und Thomas Anders sowie die katholische Ordensschwester Lea Ackermann angehörten,

wurde zudem der Einsatz der „First Responder“ aus Nittel gewürdigt, die als Privatpersonen als Rettungssanitäter Bereitschaftsdienst leisten.

Erika Hauß-Delker vom Verein „Krankenhaus Ruanda e.V. Kaiserslautern-Ruli“ bildet in Ruanda, dem Partnerland von Rheinland-Pfalz, Optiker aus und baute eine Augenabteilung in einer dortigen Klinik auf. Der Malteser-Hilfsdienst aus Bad Kreuznach trainiert eine Therapiehundestaffel mit inzwischen mehr als 70 Tieren.

Die preisgekrönten Projekte stellten sich mit weiteren gut 100 Gruppen, Projekten und Vereinen beim Ehrenamtstag im Hunsrück auf einem „Markt der Möglichkeiten“ vor. Die „Ehrensache“- Auszeichnungen werden seit 2001 vergeben.

Friedensforscher: Reaktionen auf Terroranschläge haben Welt kriegerischer gemacht

Frankfurt a.M. (epd). Der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ hat Wissenschaftlern zufolge die Welt nicht friedlicher gemacht. Im Gegenteil hätten die von den USA angeführten Kriege in Afghanistan und im Irak zu unzähligen Toten geführt, sagte der Mitherausgeber des Friedensgutachtens der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bruno Schoch, in einem epd-Gespräch. Nach einem kurzfristigen militärischen Erfolg habe es an Konzepten zum Wiederaufbau gefehlt.

Die durch die US-Interventionen ausgelöste Gewalt im Irak und in Afghanistan sowie die gigantischen Kosten der Kriege hätten Bushs Anspruch zerstört, dass die USA die einzige globale Führungsmacht seien, die die Welt nach ihrem Vorbild formen könne, sagte Schoch. Die schockierenden Bilder vom US-Gefängnis Abu Ghraib in Bagdad, von Guantánamo auf Kuba und der ungebändigten Gewalt in den Kriegsländern hätten das Ansehen der Vereinigten Staaten und des Westens in der Welt nachhaltig beschädigt.

In den westlichen Ländern selbst habe die Anwendung von Folter wie bei US-Verhören oder die Androhung von Folter wie im deutschen Ermittlungsverfahren gegen den Kindsmörder Magnus Gäfgen ein rechtsstaatliches Tabu gebrochen. „Grundrechte sind infrage gestellt worden, woran die Demokratie lange zu kauen haben wird“, sagte Schoch.

Das Netzwerk Al Kaida ist nach Schochs Einschätzung inzwischen ziemlich hart getroffen. Nach dem 11. September 2001 hätten die Terroristen zwar noch viele Anschläge verübt, aber es sei ihnen keine vergleichbar spektakuläre Tat mehr gelungen. Al Kaida ist nach Schochs Erklärung aufgrund von

„Globalisierungsblockaden“ im Nahen Osten, besonders in Saudi-Arabien entstanden. Die gewaltsame Unterdrückung von Freiheitsrechten durch die Regierungen habe Terrorismus als Widerstandsform und die Moscheen als Mobilisierungsorte entstehen lassen.

Im vergangenen Jahrzehnt seien jedoch neue Medien mit den Fernsehsendern Al Dschasira und Al Arabija und der Internet-Kommunikation mit Facebook und Twitter entstanden, die die gesellschaftlichen Blockaden lösten. „Die Demokratiebewegungen und Revolutionen in arabischen Ländern während der vergangenen Monate sind das wirksamste Mittel, um Al Kaida zu schwächen“, sagte Schoch. Die Menschen machten die Erfahrung, dass sie selbst die Gesellschaft verändern könnten.

Die EU müsste die Demokratiebewegungen viel stärker unterstützen, forderte Schoch. Während des Umbruchs in Osteuropa hätten westeuropäische Länder etwa Druckmaschinen oppositioneller Zeitungen finanziert. Heute könnten sie auch Kommunikationskanäle über das Internet bereitstellen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollte der Agrarmarkt der EU für Importe aus Ländern des Nahen Ostens geöffnet werden. Mikrokredit-Institute könnten die lokale Wirtschaft stärken.

Ausstellung zeigt Frühwerke des Bildhauers Gernot Rumpf

Edenkoben/Mainz (epd). Frühwerke des Bildhauers Gernot Rumpf aus Neustadt sind von 21. August bis 13. November in der Max-Slevogt-Galerie auf Schloss Villa Ludwigshöhe in Edenkoben zu sehen. Die Ausstellung „Rom und Italien - Gernot Rumpf“ zeige die künstlerischen Anfänge von Rumpf, der als wohl bekanntester zeitgenössischer Bildender Künstler in Rheinland-Pfalz gelte, teilte das Mainzer Kulturministerium am Freitag in Mainz mit. Die Ausstellung wird von Kulturstaatssekretär Walter Schumacher (SPD) am 21. August um 11 Uhr eröffnet.

Präsentiert werden den Angaben zufolge noch nicht gezeigte Skizzenbücher sowie Radierungen und Großplastiken von Rumpf, der im April 70 Jahre alt wurde. Nach Verleihung des Rom-Preises 1973 hielt sich Rumpf in der Deutschen Akademie Villa Massimo in Rom auf. Im Außenbereich der Villa Ludwigshöhe würden zudem einige von Rumpfs Bronzeabgüssen wie das „Japanische Einhorn“ oder die Büste der „Bianca Sforza“ aufgestellt.

Anlässlich des 70. Geburtstags von Rumpf ist die Ausstellung auf der Villa Ludwigshöhe die zweite, die nach der Schau „Drei Generationen Rumpf“ in Kaiserslautern das Schaffen des Künstlers unter speziellen Blickwinkeln beleuchtet. Der gebürtige Kaiserlauterer hat mit seinen Brunnengestaltungen

und Großplastiken den öffentlichen Raum vieler Städte und Dörfer in der Pfalz, aber auch internationaler Großstädte wie Jerusalem oder Tokio, geprägt.

Die Max-Slevogt-Galerie auf Schloss Villa Ludwigshöhe in Edenkoben, Villastraße 65, ist täglich außer montags im August und September von 9 bis 18 Uhr und im Oktober und November von 9 bis 17 Uhr geöffnet.

Internet: www.max-slevogt-galerie.de

Zweibändige „Pfälzische Geschichte“ neu aufgelegt

Kaiserslautern (epd). Die zweibändige „Pfälzische Geschichte“ erscheint in einer erweiterten dritten Neuauflage. Das vom Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern herausgegebene Buch werde am 30. August um 18 Uhr in der Pfalzbibliothek Kaiserslautern vorgestellt, teilte der Bezirksverband Pfalz am Freitag in Kaiserslautern mit. Die Neuauflage mit 21 neuen Beiträgen und insgesamt rund 900 Seiten spiegele die Intensität der historischen Forschung über die Pfalz im letzten Jahrzehnt seit der Erstauflage von 2001.

Unter anderem werden den Angaben zufolge die Ergebnisse der jüngsten archäologischen Grabungen in einem jungsteinzeitlichen Massengrab in Herxheim bei Landau vorgestellt, die europaweit Aufsehen erregten. Weitere Neubiträge thematisierten die Römerzeit und das Mittelalter. Neben traditionellen historischen Personen wie dem „Winterkönig“, Kurfürst Friedrich V., oder der „Liselotte von der Pfalz“, Prinzessin Elisabeth Charlotte, werde auch der gebürtige Landauer Michel Bréal vorgestellt. Er war einer der berühmtesten Sprachwissenschaftler des 19. Jahrhunderts und der Begründer des Marathonlaufs bei den modernen Olympischen Spielen.

Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte, zum Bildungs- und Gesundheitswesen sowie zur Zeitgeschichte runden die dritte Auflage der „Pfälzischen Geschichte“ ab. Das Handbuch ist für 46 Euro im Buchhandel erhältlich sowie beim Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde unter Telefon: 0631/3647-304, E-Mail: info@institut.bv-pfalz.de zu erhalten. Es kann auch im Internet unter www.shop.pfalzgeschichte.de bestellt werden.

„Not am Mann? Frauen ran“

Weltkulturerbe Völklinger Hütte zeigt Frauenarbeit in der Schwerindustrie

Völklingen (epd). Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte beleuchtet ab kommenden Mittwoch, 24. August, den Einsatz von Frauen im ehemaligen Völklinger

Eisenwerk. Wie das Weltkulturerbe am Freitag mitteilte, demonstriert eine neue Führung unter dem Titel „Not am Mann? Frauen ran!“ in zehn Stationen die Geschichte der Hütte aus weiblicher Perspektive. Seit 1883 arbeiteten Frauen beim Erzausladen auf den Schiffen an der Saar und beim Koksschaufeln in der Kokerei, einem der schwersten Arbeitsplätze der Hütte überhaupt, hieß es.

Anhand kleiner Arbeitsangebote können die Besucher in der von der Hamburger Autorin Sabine Graf konzipierten Führung nachvollziehen, welche Leistungen die Frauen in der Schwerindustrie erbrachten. So packten sie in der Zeit der Weltkriege auf der Gichtbühne, in der Graugussgießerei, in der Schlackensteinfabrik und auf Kränen an. Erst viel später seien im Eisenwerk Büro- und Laborarbeitsplätze für Frauen entstanden, hieß es.

Das Projekt thematisiere zudem Kinderarbeit, da die jüngsten, die einst hier das Erz aus den Schiffen luden, erst 14 Jahre alt waren. Es gehe auch um die Rollenverteilung zwischen Hüttenarbeiter und Hausfrau. Das heutige Weltkulturerbe Völklinger Hütte wurde vor 25 Jahren stillgelegt. Mehr als hundert Jahre lang war dort Roheisen produziert worden, in Spitzenzeiten mit mehr als 17.000 Arbeitskräften. Im Dezember 1994 wurde der Komplex als einzigartiges Denkmal der Industriegeschichte in das Weltkulturerbe der UNESCO aufgenommen.

Die Führung wird bis 14. September jeweils mittwochs ab 17 Uhr angeboten. Anschließend kann sie beim Besucherservice gebucht werden.

Internet: www.voelklinger-huette.org

Ministerialrat: Föderalismusreform für den Strafvollzug „eine Katastrophe“

Frankfurt a.M. (epd). Die deutsche Föderalismusreform von 2006 war nach Aussage des Stuttgarter Ministerialrats Rüdiger Wulf „eine Katastrophe“ für den Strafvollzug. Seither werde der Alltag in den Haftanstalten von mehr als 40 verschiedenen Landesgesetzen geregelt, klagte der Referatsleiter für Vollzugsgestaltung im baden-württembergischen Justizministerium bei einer Fachtagung am Donnerstagabend in Frankfurt am Main. Zudem sei das Regelwerk auf Länderebene noch unvollständig, kritisierte der Honorarprofessor für Kriminologie an der Universität Tübingen. So fehle in vielen Gesetzen ein Bezug zur Menschenrechtskonvention, der den Gefangenen einen einklagbaren Anspruch auf menschenwürdige Haftbedingungen einräume.

Entschieden verwarnte sich Wulf bei der Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain zur kirchlichen Straffälligenhilfe dagegen, die Qualität des Strafvollzugs allein an der Rückfallquote der Häftlinge zu messen. „Man bemisst die

Qualität eines Krankenhauses auch nicht daran, ob ein Patient nach Jahren erneut erkrankt.“ Im Strafvollzug gehe es um Menschen, nicht um Kennzahlen. Wulf rief die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas dazu auf, sich als Träger zu bewerben, wenn Teilbereiche des Strafvollzugs privatisiert werden sollten. Dies dürfe nicht Unternehmen überlassen werden, bei denen allein Sicherheitsaspekte und unternehmerischer Gewinn im Vordergrund stünden.

Der Vorsitzende der Evangelischen Konferenz für Straffälligenhilfe, Karl Heinrich Schäfer, lobte das hessische Strafvollzugsgesetz. Es lasse die Beteiligung von Wohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen an der Ausgestaltung des Strafvollzugs etwa in der Bildung, Betreuung und Wiedereingliederung nicht nur zu, sondern schreibe sie ausdrücklich vor. „Das ist außergewöhnlich und begrüßenswert“, sagte der Direktor am Hessischen Landesrechnungshof und ehemalige Leiter einer Justizvollzugsanstalt. Das ehemalige Bundestrafvollzugsgesetz, das in Teilen Deutschlands noch gelte, so wie einige neue Landesgesetze betrachteten die Beteiligung Dritter am Strafvollzug lediglich als wünschenswert.

Eva-Maria Eiche vom hessischen Justizministerium bezeichnete die Einbeziehung Dritter in den Strafvollzug als unverzichtbar. Der Staat könne die vielfältigen Aufgaben in der Betreuung der Häftlinge und ihrer Vorbereitung auf die Freiheit nur unzureichend erfüllen, sagte die Leiterin des Referats Justizvollzug. Neben den Regelungen zur Entlassung auf Bewährung habe die hessische Justiz gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden auch ein „Übergangsmanagement“ für Entlassene ohne Auflagen entwickelt. Dessen Inanspruchnahme sei jedoch freiwillig. Außerdem entwickle ihr Ministerium ein „Sicherheitsmanagement“ für entlassene Sexualstraftäter.

Die Vorsitzende der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, Lydia Halbhuber-Gassner, wies darauf hin, dass die gelingende Wiedereingliederung Straffälliger nicht nur eine soziale Verpflichtung sei, sondern auch handfeste ökonomische Gründe habe. Wer nach der Haftentlassung erneut Straftaten begehe, verursache schließlich erneut hohe Kosten bei der Polizei, um seiner habhaft zu werden, und bei der Justiz, um ihn zu verurteilen und erneut einzusperren. Drei Viertel der Entlassenen stünden nicht unter Bewährungsaufgaben und würden mit Problemen wie Wohnungs- und Arbeitssuche, hohen Schulden, Suchtgefahr und dem Verlust sozialer Kontakt alleingelassen. Kirchliche Straffälligenhilfe könne dabei schon während der Haft entsprechende Angebote machen.

Rheinland-Pfalz will Residenzpflicht für Asylbewerber abschaffen

Mainz (epd). Asylbewerber sollen sich nach dem Willen der rheinland-pfälzischen Landesregierung bundesweit frei bewegen dürfen. Das Land werde eine entsprechende Bundesratsinitiative zur Abschaffung der sogenannten Residenzpflicht starten, kündigte Integrationsministerin Irene Alt (Grüne) am Donnerstagabend im Landtag in Mainz an. In einem ersten Schritt soll die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern, die in Rheinland-Pfalz wohnen, auf das ganze Bundesland ausgeweitet werden. Der Landtag verabschiedete gegen die Stimmen der oppositionellen CDU einen entsprechenden Antrag.

Derzeit dürfen Asylbewerber sich in Rheinland-Pfalz rund um ihren Wohnort ohne zusätzliche Sondererlaubnis nur auf dem Gebiet des jeweiligen früheren Regierungsbezirks aufhalten. Bei Verstößen gegen die Bestimmung drohen den Betroffenen Strafverfahren. „Ich halte das für eine unnötige Gängelung“, sagte die Ministerin. „Es ist nicht einsichtig, warum der Besuch einer Asylbewerberfamilie aus Mainz im Frankfurter Zoo nicht genehmigungsfrei möglich sein sollte.“ Bei den angekündigten Erleichterungen geht es lediglich um kurze Besuche, der Wohnort soll Asylbewerbern auch künftig zugewiesen werden.

Ihr Ministerium werde zudem die Ausländerbehörden auffordern, bei der Ausstellung von Genehmigungen großzügig zu verfahren und keine Gebühren zu erheben. Von den Erleichterungen würden etwa 1.700 Menschen in Rheinland-Pfalz profitieren, die künftig auch leichter Fachärzte, Beratungsstellen oder Landsleute in anderen Landesteilen besuchen könnten. Mehrere andere Bundesländer, darunter auch das unionsgeführte Schleswig-Holstein, hatten zuvor ebenfalls die Bewegungsfreiheit auf das gesamte jeweilige Bundesland ausgeweitet oder entsprechende Pläne bekanntgegeben.

Die rheinland-pfälzische CDU lehnt das Vorhaben der rot-grünen Landesregierung ab. Die geplanten Erleichterungen für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz verstießen gegen Bundesrecht, sagte die Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros. Sie verwies darauf, dass der Bund bereits gewisse Hürden abgebaut habe, etwa für Flüchtlinge, die jenseits ihres Aufenthaltsgebiets eine Arbeit oder Ausbildungsstätte gefunden hätten. Außerdem lasse der im Landtag zur Abstimmung gestellte Antrag viele Fragen offen. Die Mängel hätten zuvor im zuständigen Ausschuss besprochen werden müssen.

Diakonie vermittelt Wohnungen an Spätaussiedler und jüdische Emigranten

Speyer/Mainz (epd). Die Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz unterstützen Spätaussiedler und jüdische Emigranten bei der Suche nach Mietwohnungen. Im Auftrag der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier habe die Diakonie diese Aufgabe als Träger übernommen, sagte Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz, am Donnerstag in Speyer. Besonders bei der Wohnungssuche benötigten die Zuwanderer Hilfe.

Im Diakonischen Werk Pfalz und bei der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz helfen den Angaben zufolge ab sofort ständige Ansprechpartner den Zuwanderern bei der Suche nach geeignetem Wohnraum. In der Pfalz stehe der landeskirchliche Aussiedlerbeauftragte Pfarrer Reinhard Schott mit den Betroffenen und den Behörden in Kontakt. Auf Ebene der Diakonie in Rheinland-Pfalz sei Yvonne Natale, die Leiterin des Büros der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz in Mainz, dafür verantwortlich.

Die Wohnungssuche erfolge durch Internetrecherchen, Tageszeitungen, über Wohngesellschaften oder mit Hilfe von Verwandten, sagte Diakonie-Sprecher Bähr. Nach Abschluss eines Mietvertrags nähmen die Zuwanderer ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz. Danach benötigten sie weitere Hilfen und könnten sie sich an die zuständigen Migrationsfachdienste wenden.

Im Jahr 2010 kamen den Angaben zufolge 122 Zuwanderer - 106 Spätaussiedler und sechs jüdische Emigranten - nach Rheinland-Pfalz. Die Einzelpersonen, Paare und Familien seien bisher von der Beratungsstelle in Worms unterstützt worden, die zum 31. Oktober geschlossen werde. Das Wormser Kontaktbüro habe von Juli bis Dezember vergangenen Jahres in 20 Fällen bei der Wohnungssuche geholfen.

Bei der Wohnungsvermittlung vor Ort sind den Angaben zufolge die Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände in Rheinland-Pfalz und der Landesverein des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands für Rheinland-Pfalz und das Saarland eingebunden. Bevor die Spätaussiedler und jüdischen Emigranten mit ihren Familien nach Rheinland-Pfalz kommen, nehmen sie an sechsmonatigen Integrationsmaßnahmen im Grenzdurchgangslager Friedland in Niedersachsen teil.

Internet: www.diakonie-rlp.de

„Tag des offenen Denkmals“ wird in diesem Jahr in Trier eröffnet

Trier/Mainz (epd). Der bundesweite „Tag des offenen Denkmals“ wird am 11. September von der rheinland-pfälzischen Kulturministerin Doris Ahnen (SPD) in der evangelischen Konstantin-Basilika in Trier eröffnet. Unter dem Motto „Romantik, Realismus, Revolution“ öffnen in ganz Deutschland rund 7.500 sonst zumeist verschlossene Baudenkmäler ihre Türen. Wie das Mainzer Kultusministeriums am Donnerstag mitteilte, gibt es in Rheinland-Pfalz etwa 300 Beteiligungen am Tag des offenen Denkmals, davon rund 160 in unmittelbarem Bezug zum diesjährigen Motto.

Die Neuerungen des 19. Jahrhunderts stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt der Besichtigungen. Wegen ihrer vielfältigen Geschichte illustrierte gerade die Konstantin-Basilika das Motto, sagte Kulturstaatssekretär Walter Schumacher (SPD) am Donnerstag in Mainz bei der Vorstellung des rheinland-pfälzischen Programms. Die Kirche sei im 19. Jahrhundert umfangreich rekonstruiert und neu gestaltet worden. Daneben zeige die Moselstadt Trier zahlreiche bedeutende Denkmäler aus der Römerzeit, deren wichtigsten Monumente vor genau 25 Jahren zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt wurden.

Nicht nur die amtliche Denkmalpflege, sondern viele private Eigentümern könnten ihre Schätze der Öffentlichkeit vorzustellen. „Gerade ihnen danke ich ganz besonders für ihr wertvolles kulturelles Engagement“, sagte Schumacher. In den vergangenen Jahren nutzten bundesweit mehr als vier Millionen Menschen den Tag um Einblicke in die Denkmalpflege zu erhalten und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. In Rheinland-Pfalz waren es nach Ministeriumsangaben etwa 100.000.

Als besonderen Tipp empfiehlt Landeskonservator Joachim Glatz, Leiter der Direktion Landesdenkmalpflege, den Besuch der spätgotischen Kirche in St. Johann in Rheinhessen. „Die Kirche wurde in den vergangenen Jahren restauriert und wird an zwei Tagen mit vielen Veranstaltungen der Öffentlichkeit präsentiert“, sagte Glatz. Der Tag des offenen Denkmals sei eine ideale Gelegenheit bei der Bevölkerung ein Bewusstsein für den Reichtum des kulturellen Erbes in Rheinland-Pfalz zu schaffen.

Geschichte lebendig zu machen, sei sowohl Auftrag als auch Ziel der Arbeit der Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE), erklärte deren Generaldirektor Thomas Metz. Die Generaldirektion hat in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium eine Broschüre über die Angebote im Land veröffentlicht, die in allen Stadt- und Kreisverwaltungen, Touristinformationen, Volkshochschulen und bei der Generaldirektion Kulturelles Erbe kostenfrei erhältlich ist.

Der „Tag des offenen Denkmals“ ist seit 1993 der deutsche Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter der Schirmherrschaft des Europarats. Koordiniert wird er von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

Internet: www.tag-des-offenen-denkmals.de und www.gdke-rlp.de

Ausstellung über Wüstenpflanzen in der Saarbrücker Johanneskirche

Saarbrücken (epd). Unter dem Titel „Überlebenskünstler Gottes“ zeigt der Botanische Garten der Saar-Universität vom 3. bis 11. September in der Saarbrücker Johanneskirche eine Ausstellung über Wüstenpflanzen. Die Wüste als vegetationsarmes Gebiet mit wenig Niederschlag und extremen Temperaturen sei ein besonderer Ort für das Christentum, teilten die Veranstalter an Donnerstag mit. Neben der Hochschule sind auch die Erlebnisgärtnerei Storb und das Projekt Johanneskirche an der Schau beteiligt.

In Gegenden mit vielen Wüsten sei die Religion entstanden, hieß es. Die Wüste sei ein „Ort der Wandlung“, was sowohl die geologische Wüste als auch die Wüste als Ort der Gottese Erfahrung betreffe. In den acht Tagen der Schau werden Wüstenpflanzen gezeigt, die dank besonderer Strategien in Wüstenregionen überleben und gedeihen können. Die Ausstellung zeige, dass die Natur dabei äußerst erfinderisch ist.

Zum Programm gehören Gottesdienste, öffentliche Führungen mit einer Diplombiologin, Vorträge und ein „Nachteulengottesdienst“. Die Johanneskirche ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Keltische und mittelalterliche Musik im Kupferbergwerk

Idar-Oberstein (epd). Im historischen Kupferbergwerk in Fischbach bei Idar-Oberstein stehen am Freitag- und Sonntagabend die Figuren Hildegard von Bingen und Bischof Disibod im Zentrum eines Musikprogramms. Die irisch-keltische und mittelalterliche Musik für Frauenchor erklinge im katedralen-ähnlichen Gewölbe des Bergwerks, nahe der vermuteten Geburtsstätte Hildegard von Bingen in Niederhosenbach, teilten die Veranstalter mit. Roland Lißmann, Kreiskantor des Kirchenkreises Obere Nahe, hat das Programm im Rahmen des Theatersommers Idar-Oberstein konzipiert und realisiert.

Hildegard von Bingen (1098-1179) habe in allen wichtigen Disziplinen ihrer Zeit wie Medizin, Natur- und Heilkunde, Philosophie, Theologie, Kosmologie und Musik Richtungsweisendes bewirkt, hieß es. Sie habe sich auch in die

„große Politik“ eingemischt. Der irische Wandermönch und Einsiedler Disibod (619-700) gründete das Kloster südwestlich von Bad Kreuznach, in dem Hildegard als junge Novizin lebte.

Zu den Mitwirkenden der Veranstaltungen gehören der Mädchen- und Frauenchor „FriFra Voce“ und der Wiesbadener Frauenchor „ArSoni“. Die szenische Umsetzung hat das „Freie Tanztheater Frankfurt“ übernommen, das auf Bespielungen ungewöhnlicher Orte spezialisiert ist.

Rheinland-Pfalz will Westwall-Bunker bewahren

Mainz (epd). Die rheinland-pfälzische Landesregierung ist bereit, künftig einen Teil der Bunkerruinen entlang der früheren Westwall-Grenzbefestigungen in Eigenverantwortung vor Einsturz und Verfall zu bewahren. Dem Bund als Eigentümer der Anlagen habe er entsprechende Verhandlungen angeboten, sagte Finanzstaatssekretär Salvatore Barbaro am Donnerstag dem epd in Mainz. Das Land würde Schritt für Schritt den laufenden Unterhalt bestimmter Grenzwall-Bauten übernehmen. Voraussetzung sei, dass der Bund sich mit Ausgleichszahlungen in Höhe der bei einem Abriss fälligen Kosten beteilige.

„Wir wollen nicht alle 3.000 Bunker erhalten“, sagte Barbaro. Das Angebot gelte für Anlagen, die aus Naturschutzgründen oder wegen ihrer besonderen historischen oder touristischen Bedeutung erhalten bleiben sollten. Der Bund plant seit längerer Zeit einen Abriss der Anlagen, die während der Hitler-Diktatur entlang der Westgrenze des Deutschen Reichs errichtet wurden. Nach Kriegsende wurden die meisten Bunkeranlagen gesprengt. Um Unfälle von Wanderern oder spielenden Kindern zu vermeiden, sind regelmäßig bestimmte Sicherungsarbeiten an den Ruinen notwendig.

Dem Bund würden nach Einschätzung des Staatssekretärs durch einen Abriss erhebliche Kosten entstehen. Vielerorts müssten vor dem Beginn der Abrissarbeiten erst lange Zufahrtswege für die schwere Technik durch den Wald freigeschlagen werden. Kontrollbesuche der einzelnen Ruinen könnten Mitarbeiter der landeseigenen Forstverwaltung deutlich günstiger übernehmen als der Bund.

Auch Umweltschützer fordern den Erhalt der Anlagen. Viele Bunkerruinen seien während der letzten Jahrzehnte zu wichtigen Lebensräumen seltener Tier- und Pflanzenarten geworden. An die Geschichte des Westwallbaus und den Alltag der Menschen im deutsch-französischen Grenzgebiet während der NS-Zeit erinnert seit Donnerstag eine Ausstellung im ehemaligen Konzentrationslager Osthofen bei Worms.

Letzte vier Etappen des Pilgerwegs Worms-Metz eingeweiht

Enkenbach-Alsenborn (epd). Die vier letzten Pilgerwegstrecken der „Klosterroute Worms-Metz“ im Landkreis Kaiserslautern werden an den beiden letzten August-Wochenenden eingeweiht. Mit einem „Begehungsfest“ würden die Wegstrecken über eine Gesamtlänge von rund 70 Kilometern erstmals abgewandert, teilte das Ehepaar Inge und Wolfgang Schwarz aus Enkenbach-Alsenborn als Sprecher der Regionalgruppe Nordpfalz in der St. Jakobus-Gesellschaft Rheinland-Pfalz-Saarland am Donnerstag dem epd mit. Vier Mitglieder der Regionalgruppe hatten mehrere Jahre lang mit Hilfe des Speyerer Bistumsarchivs dem ursprünglichen Verlauf der historischen Pilgerpfade nachgespürt.

Die Pfade von Wartenberg-Rohrbach nach Otterbach (11 Kilometer) werden den Angaben zufolge am Samstag, 20. August, und von Otterbach nach Landstuhl (23 Kilometer) am Sonntag, 21. August, teilweise zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die Strecken von Enkenbach nach Kaiserslautern-Hohenecken (21 beziehungsweise 14 Kilometer) würden am Samstag, 27. August, und von Ramsen nach Enkenbach (14 Kilometer) am Sonntag, 28. August, „unter die Füße genommen“, sagte Inge Schwarz, die auch ehrenamtliche Kirchenführerin ist. Zu Beginn jedes Pilgertags werde der Pilgersegen erteilt.

Die rund 266 Kilometer lange „Klosterroute Worms-Metz“ führt durch Rheinhesen, Pfalz, Saarland, Lothringen entlang der alten Römerstraße. Sie ist Teil des mittelalterlichen Jakobswegenetzes zur spanischen Pilgerstätte Santiago de Compostela. Durch die Revitalisierung der bislang noch fehlenden Etappe in der Nordpfalz zwischen Göllheim und Landstuhl sei die Pilgerwegführung nun durchgängig mit dem Zeichen der gelben Strahlenmuschel auf blauem Grund markiert worden, sagte Schwarz. Die Wegstrecken auf Gemeindewegen wurden anhand von alten Karten und Kirchenbüchern rekonstruiert.

Der Weg teilt sich in Göllheim in zwei rund 60 Kilometer lange Teilstrecken, die die ehemaligen Klöster in Otterberg und Enkenbach einbinden, und vereint sich wieder in Landstuhl. Hinweistafeln informieren Wanderer über historische Sehenswürdigkeiten und die Geschichte des Pilgerns. Der Name „Klosterroute“ verweist auf die vielen Klöster entlang des Wegs, die im Mittelalter Anlaufstellen für die Pilger waren. Pilger können bei der St.-Jakobus-Gesellschaft eine Adressenliste von Gastfamilien erfragen. Zur Eröffnung der vier Teilstrecken soll ein neuer Pilgerführer „Klosterroute Worms-Metz“ im Kuntz-Verlag in Gleishorbach erscheinen.

Internet: www.jakobusgesellschaft.eu

Offen für jede denkbare Schikane

Rheinland-Pfalz und andere Bundesländer lockern die Residenzpflicht für Asylbewerber
Von Karsten Packeiser (epd)

Mainz (epd). Einmal setzte sich Amir Bakhshi in einen Zug, fuhr mit der Bahn von Bad Kreuznach ins zwölf Minuten entfernte Ingelheim zur Geburtstagsfeier eines Freundes. Einfach so, ohne offizielle Erlaubnis. Als er die Grenze des Landkreises und ehemaligen Regierungsbezirks überquerte, machte der iranische Asylbewerber sich strafbar. Als einziges EU-Land schränkt Deutschland die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen mit einer sogenannten Residenzpflicht deutlich ein. Mehrere Bundesländer, darunter Rheinland-Pfalz, wollen die restriktiven Regelungen nun zumindest lockern.

Asylbewerber, die den ihnen zugewiesenen Landkreis oder Regierungsbezirk auch nur für einige Stunden verlassen möchten, müssen das rechtzeitig bei der Ausländerbehörde beantragen, oftmals werden dabei Gebühren fällig. Eine Erlaubnis wird nur bei Vorliegen triftiger Gründe erteilt. „Manchmal fragen sie auf dem Amt: 'Warum musst du so oft zu deinem Mainzer Anwalt?'“, erzählt der Iraner Bakhshi.

Wie restriktiv die Residenzpflicht gehandhabt wird, ist von Bundesland zu Bundesland, von Kreis zu Kreis oder gar von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter unterschiedlich. Berlin und Brandenburg vereinbarten bereits eine gegenseitige Freizügigkeit für Flüchtlinge, anderenorts dürfen Asylbewerber nach wie vor ihren Landkreis nicht verlassen.

„Die Bestimmungen sind offen für jede denkbare Schikane“, urteilt Bernd Mesovic von „Pro Asyl“. Flüchtlinge wurden schon bestraft, weil sie auf dem Weg von ihrem Flüchtlingsheim im äußersten Süden von Hessen in die zugehörige Kreisstadt mit dem Zug kurz baden-württembergisches Territorium passieren mussten. Gelegentlich haben Asylbewerber Probleme, zu einer ärztlich verordneten Traumatherapie oder zur Flüchtlingsberatung zu gelangen. Auch Genehmigungen für den Besuch des oder der Verlobten werden nach Angaben von Asylberatern oft verweigert.

„Wir sind der Ansicht, dass die Residenzpflicht völlig unnütz ist“, sagt Mesovic. Um dem berechtigten Interesse von Ländern und Kommunen nachzukommen, die nach Deutschland gelangten Asylbewerber und die Kosten für ihre Unterbringung zu verteilen, wäre es ausreichend, die Flüchtlinge zur Wohnsitznahme an einem zugewiesenen Ort zu verpflichten.

Bundesweit werden jährlich mehrere Tausend Ermittlungsverfahren wegen Residenzpflicht-Verstößen eingeleitet, im Jahr 2008 wurden noch über 650 Flüchtlinge deswegen verurteilt, einige davon sogar zu Haftstrafen. Seit die

deutschen Außengrenzen weitgehend offen sind, kontrolliert die Bundespolizei im Kampf gegen illegale Einwanderer verdächtige Personen bundesweit.

Offenbar geraten dunkelhäutige Menschen jetzt deutlich häufiger in Ausweiskontrollen, insbesondere in Zügen, an Bahnhöfen und in der Nähe von Flüchtlingswohnheimen. „Wer keinen Status hat, sollte besser nicht Bahn fahren“, sagt der Kreuznacher Ausländerpfarrer Siegfried Pick.

Die rot-grüne Landesregierung in Mainz will die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber nun möglichst bald lockern, am Donnerstagabend solle das Thema im Landtag behandelt werden. Künftig sollen die Betroffenen sich zumindest im gesamten Bundesland frei bewegen dürfen, statt wie bisher nur auf dem Territorium der jeweiligen, bereits vor Jahren aufgelösten Regierungsbezirke. Eine ähnliche Lockerung wurde zuvor bereits im schwarz-gelb regierten Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. In Thüringen wurde die Bewegungsfreiheit ebenfalls gelockert, allerdings nur auf jeweils einige Nachbarlandkreise erweitert.

Für eine komplette Abschaffung der Residenzpflicht müsste allerdings der Bund tätig werden. Der will an der Regelung festhalten, damit die Flüchtlinge während ihres Asylverfahrens leichter für die Behörden erreichbar sind.

Kirchenkreis feiert zwanzig Jahre Partnerschaft mit Ruanda

Bad Kreuznach (epd). Der Evangelische Kirchenkreis An Nahe und Glan feiert von Sonntag an gemeinsam mit einer Delegation der Synodalregion Rubengera in Ruanda das 20-jährige Bestehen der gemeinsamen Partnerschaft. Superintendent Marcus Harke würdigte am Donnerstag die Verbindung, die zwei Jahrzehnte und sogar den Bürgerkrieg in Ruanda überdauert habe. Zwischen dem 21. August und dem 10. September besuchen Vertreter der Eglise Presbytérienne aus Ruanda Gemeinden und Einrichtungen im Kirchenkreis und sind auch im rheinland-pfälzischen Innenministerium zu Gast.

Im Mittelpunkt der Gespräche steht nach Angaben des Kirchenkreises die Zukunft der Hilfsprojekte für Kinderfamilien in Ruanda. Die Spendenbereitschaft sei leider stark zurückgegangen, bedauert Margot Holbach, Vorsitzende des Synodalen Fachausschusses Ruanda und Motor der Freundschaft. In den vergangenen fünf Jahren sammelte der Kirchenkreis 250.000 Euro für Kinderfamilien, die ihre Eltern durch Aidskrankungen verloren haben. Von den Spenden werde Schulgeld, Krankenversicherung und die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln für nahezu 1.500 Waisen finanziert, zudem Projekte mit Ausbildungsmöglichkeiten.

Der Festgottesdienst zum Jubiläum findet in der Bergkirche Waldböckelheim statt, wo vor 20 Jahren der Partnerschaftsvertrag unterzeichnet wurde. Nach dem Gottesdienst um 14 Uhr gibt es eine Feier im Waldböckelheimer Bürgerhaus.

Internet: www.nahe-glan.de

Künstlicher Regen

Ein geplantes Gießkannemuseum huldigt einer genialen Erfindung

Von Darijana Hahn (epd)

Gießen (epd). An warmen Sommertagen hat sie ihren Haupteinsatz: die Gießkanne, die ihr Wasser fein dosiert an die Pflanzen abgibt. Was heute in allen erdenklichen Formen, Farben und Materialien zu bekommen ist, hat über Jahrhunderte Tüftler in Atem gehalten. Welche Geschichten sich hinter den Menschen und ihren Gießkannen verbergen, will ein geplantes Gießkannemuseum in Gießen zeigen.

Das Geniale an der simpel wirkenden Gießkanne ist die Tatsache, dass sie sich schnell füllen lässt, dann aber das Wasser nur langsam abgibt. Dass sie den „Regen imitiert“, wie die Gießkanne bereits im 17. Jahrhundert beschrieben wurde. Das Gießkannemuseum will die vielfältigen Varianten dieser Erfindung anschaulich machen. Es entstand aus einem Ideenwettbewerb zur 14. Landesgartenschau in Gießen 2014 und befindet sich im Aufbau. Bis zur Eröffnung wollen die Macher mindestens 2.014 Gießkannen sammeln.

Das Konzept: Bürger spenden ihre Gießkannen, von der abgelegten Marienkäfer-Gießkanne aus der Kinderzeit bis zur Friedhofs-Gießkanne, und erzählen dabei ihre persönliche Geschichte zu der jeweiligen Kanne. „Neulich kam ein 80-jähriger Mann und hat eine Metallkanne abgegeben, mit der er gegossen hat, seit er 16 war, und die ihm nun zu schwer geworden ist“, sagt Ingke Günther von der Künstlergruppe „Gärtnerpflichten!“, die das Museum aufbaut.

Seit April sind bereits mehr als 200 Kannen angekommen, davon viele, die einfach als Gießkanne umgenutzt wurden wie Tee- oder Milchkanne. Zu sehen sind sie derzeit nur im Internet. Offenbar beliebt ist eine Froschkönig-Gießkanne, die schon mehrfach in der Sammlung steht. Aber auch Designer-Kannen wurden abgegeben, die zwar gut aussehen, aber als Gießkannen nicht taugen: Das Loch in der Tülle wurde vergessen.

„Die Vorläufer der Gießkanne waren sogenannte Gießtöpfe“, erklärt Wolfgang Hundbiss, Landschaftsplaner aus dem schwäbischen Illerbeuren, der rund 200 Gießkannen gesammelt hat und den Gießtopf beschreibt: „Das waren

irdene Töpfe, die mit Löchern versehen waren und den Gießenden vor die große Herausforderung stellte, das Wasser nicht schon auf dem Weg von der Wasserquelle zu den Pflanzen zu verlieren.“

Die Blütezeit der Gießkanne begann, wie Hundbiss erklärt, im 19. Jahrhundert, in dem die Kannen entwickelt und schließlich auch gewerblich hergestellt wurden. Heiß diskutiert wurde dabei die Frage, welche nun die bessere Gießkanne sei: die in England übliche, runde mit quer angebrachtem Bügel oder die ovale mit Längsbügel, die sich besser am Körper tragen lassen sollte. Diese Gießkanne war in Frankreich entwickelt worden.

Ein ganz anderes charakteristisches Element der Gießkanne stand beim späteren Bundeskanzler Konrad Adenauer im Mittelpunkt des Interesses. Er hatte 1940 ein Patent für einen von ihm entwickelten Brausekopf angemeldet.

Adenauer störte sich daran, dass der herkömmliche Brausekopf entweder häufig verlegt war oder aber sich auf der Tülle festsetzte und so nicht zu reinigen war. Er konstruierte nun eine Brause, die einen aufklappbaren Deckel hatte, der, wie Adenauer in der Patentanmeldung schrieb, „sowohl das Gießen mit einem ungeteilten Strahl als auch mit Sprühregen ermöglicht und der ferner jederzeit leicht gereinigt werden kann“. Zu sehen ist Adenauers Spezial-Gießkanne, die nie in Serie ging, allerdings nicht in Gießen, sondern in der Dauerausstellung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bonn.

Internet: www.giesskannenmuseum.de

Ausstellung in KZ-Gedenkstätte zeigt Geschichte des Westwalls

Osthofen (epd). Über die weithin unbekannteste Geschichte des deutsch-französischen Grenzgebiets während der NS-Zeit informiert seit Donnerstag die rheinland-pfälzische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Osthofen bei Worms. Anhand von Fotos, Archivadokumenten und Bildern stellt die Ausstellung unter dem Titel „Eine Region im Schatten des Westwalls - 1940 und heute“ den Bau der Westwall-Grenzbefestigungen und die Evakuierung der Zivilbevölkerung nach Kriegsbeginn dar. „Ein solches Bauvorhaben ist nur in einem Zwangssystem möglich gewesen“, sagte Dieter Schiffmann, Direktor des Landeszentrale für politische Bildung, bei der Eröffnung am Mittwochabend.

Auch historische Propaganda-Berichte über die als „Friedenswall“ verklärten Grenzbollwerke sind zu sehen. Die Ausstellung war im vergangenen Jahr vom Stadtmuseum Bad Bergzabern und dem örtlichen Gemeindearchiv zusammengestellt worden und wird nun in Osthofen ein zweites Mal gezeigt. Stellvertretend für viele andere Orte an der mehr als 600 Kilometer langen

Befestigungslinie legt die Ausstellung ihren Schwerpunkt auf die Situation einiger Gemeinden im heutigen Landkreis Südliche Weinstraße.

Berichtet wird unter anderem über die Konflikte zwischen Ortsbevölkerung und den aus allen Teilen des Deutschen Reiches herbeibeordneten Westwall-Bauarbeiter. Für Gemeinden wie das südpfälzische Steinfeld, das Heimatdorf des heutigen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD), hatten die Nationalsozialisten erhebliche Kriegszerstörungen erwartet und bereits Pläne für den Wiederaufbau als nationalsozialistische Vorzeigesiedlung erstellt.

Weil die Zerstörungen ausblieben, die Pläne aber trotzdem umgesetzt werden sollten, erklärten die Behörden etliche Häuser für unbewohnbar. Teilweise wurde bis zur Hälfte des Ortes zum Abriss bestimmt. Außerdem beteiligten sich die in den evakuierten Dörfern stationierten Soldaten an Plünderungen.

Nach Kriegsende wurden die meisten Grenzbauten gesprengt. Die Bunkerruinen entwickelten sich in den folgenden Jahrzehnten zu wichtigen Rückzugsgebieten für eine Vielzahl von Pflanzen und Tierarten wie etwa der Wildkatze. Im Eingangsbereich der Gedenkstätte informiert die Umweltorganisation BUND mit Schautafeln über die heutige Bedeutung des Westwalls als Biotop. Die Ausstellung ist noch bis zum 18. September zu sehen.

EKD-Militärbischof: Der Friede kann nicht militärisch gewonnen werden

Bell (epd). Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann hat zu mehr Engagement für einen gerechten Frieden aufgerufen. Eine militärische Intervention könne für eine begrenzte Zeit den Raum dafür schaffen, militärische Gewalt sei jedoch nur als äußerste Möglichkeit ethisch vertretbar, sagte Dutzmann am Mittwochabend in Bell im Hunsrück. Zivile Mittel müssten den Vorrang haben. „Der Friede kann militärisch nicht gewonnen werden“, unterstrich der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche.

Die Aussage des Ökumenischen Rates der Kirchen von 1948, „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, sei auch heute noch grundlegend. Doch es genüge nicht mehr, in der negativen Beurteilung des Krieges zu verharren, erläuterte Dutzmann. Gerechter Friede sei mehr als die Abwesenheit von Krieg, sondern auch der Schutz vor Gewalt, der Abbau von Not und die Förderung einer kulturellen Vielfalt. Der Theologe forderte die Christen auf, sich stärker für den Frieden zu engagieren. Dabei würde er sich durchaus auch ein stärkeres Engagement der Friedensbewegung wünschen, die sich „sehr viel deutlicher äußern und zu Wort melden könnte.“

Der EKD-Militärbischof eröffnete mit seinem Vortrag eine Veranstaltungsreihe des evangelischen Kirchenkreises Simmern-Trarbach, mit dem dieser an die Nachrüstungsdebatte in den 80er Jahren im Hunsrück erinnert und zugleich der Frage nach dem Friedensengagement von Christen heute nachgeht. „Wir wollen Raum schaffen für eine öffentliche Auseinandersetzung über friedensethische Fragen, die dringend erforderlich ist“, erläuterte Superintendent Horst Hörpel.

Arp-Museum würdigt „Rheinromantik“ als Mythos und Marke

Remagen (epd). „Rheinromantik. Mythos und Marke“ lautet der Titel einer Ausstellung im Arp-Museum Bahnhof Rolandseck in Remagen, die ab dem 4. September zu sehen ist. Die Kulturlandschaft zwischen Drachenfels und der sagenumwobenen Loreley sei „romantischer Mythos und früher Tourismusmagnet zugleich“, heißt es in der Ankündigung der bis zum 4. März nächsten Jahres laufenden Schau.

In allen Kunstgattungen, in Literatur und Liedgut, aber auch in der Souvenirproduktion seien zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine Vielzahl von Bildern oder literarischen Motiven entstanden, die noch heute unsere Wahrnehmung des Rheintals prägen, so die Ausstellungsmacher. Die Ausstellung werde diesen vielfältigen Bilder- und Motivschatz, seine Vereinnahmung und seine Kommerzialisierung in vier Kapiteln zeigen.

Störfallpläne von Pharmakonzern Boehringer bleiben teils vertraulich

Mainz (epd). Das Land Rheinland-Pfalz darf sensible Informationen über den Pharmakonzern Boehringer Ingelheim weiterhin zum Teil unter Verschluss halten. Das Verwaltungsgericht Mainz wies am Mittwoch die Klage einer Rechtsanwalts-gesellschaft ab, die unter Berufung auf das Umweltinformati-onsgesetz Einsicht in die Störfallpläne des Unternehmens verlangt hatte (AZ: 3 K 1545/10.MZ). Die verweigerten Auskünfte stellen dem Gericht zufolge ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis dar. Es gebe auch kein „übergeordnetes öffentliches Interesse“ an ihrer Veröffentlichung, das die Interessen des Konzerns überwiegen würde.

Hintergrund der Klage ist der Konflikt zwischen der Stadt Ingelheim und einem Unternehmer, der in der Nähe des Chemiewerks ein größeres, teils als Hotel genutztes Bürogebäude besitzt. Die Stadt hatte dem Eigentümer eine Erweiterung des Hotels verweigert, weil das Grundstück innerhalb einer potenziellen 500-Meter-Gefahrenzone liege, die um das Werk verläuft. Weil der

Unternehmer an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung zweifelte, beantragte er Einblick in den Sicherheitsbericht des Unternehmens.

Das Land hatte dem Kläger die Dokumente zur Verfügung gestellt, allerdings zwei Anhänge teilweise geschwärzt. Die verweigerten Auskünfte umfassten Angaben zur Gesamtmenge bestimmter auf dem Werksgelände gelagerter Substanzen, zu den genutzten Lagerräumen und Verarbeitungswegen. Nach Einschätzung des Pharmaunternehmens hätten Konkurrenten aus den Angaben Hinweise über die Produktionsweise und aktuelle Forschungsaktivitäten herauslesen können. Angaben über vorhandene Lagerbestände könnten dem Unternehmen zudem bei Preisverhandlungen schaden.

Der Frankfurter Rechtsanwalt Markus Collisy, der in dem Verfahren die Interessen des Hotelbesitzers vertrat, sagte dem epd, er werde voraussichtlich vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz Berufung gegen die Entscheidung einlegen. In der mündlichen Verhandlung hatte er am Vormittag argumentiert, nicht nur für seinen Mandanten seien die Informationen von Interesse, sondern auch für alle Ingelheimer. Sie sollten wissen, wie nahe sie an welchen Mengen potenziell gefährlicher chemischer Substanzen lebten.

Saar-Wirtschaftsminister informiert sich bei Diakonie über Jugendberufshilfe

Völklingen (epd). Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs müssen nach Aussage des saarländischen Wirtschaftsministers Christoph Hartmann (FDP) Bildungsträger, Wirtschaft und Politik enger zusammenarbeiten. Als Partner des Landesprogramms „Ausbildung jetzt“ trage das Diakonische Werk an der Saar (DWSaar) dazu bei, dass mehr Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich abschließen, sagte der FDP-Politiker am Mittwoch beim Besuch der Jugendberufshilfe der Diakonie in Völklingen.

Hartmann informierte sich über Maßnahmen zur Berufsorientierung im Übergang von der Schule zum Beruf, über Ausbildungsangebote für Lernbehinderte und ein Projekt für junge Hartz-IV-Empfänger. Jeder fünfte Jugendliche breche die Ausbildung im ersten Jahr ab, sagte Diakoniepfarrer Udo Blank. Gründe dafür seien die Gegensätze zwischen den Ausbildungswünschen und den Kompetenzen der Jugendlichen sowie den Angeboten und Anforderungen der Betriebe.

„Für die Jugendlichen stellen aufgelöste Ausbildungsverträge immer die Erfahrung des Scheiterns und die Vergeudung von Zeit in ihrer beruflichen Entwicklung dar“, sagte Blank. Es sei wichtig, schon in der Schule mit der Berufsorientierung zu beginnen und Stärken und Fähigkeiten der Jugendlichen zu erkennen.

Trotz gestiegener Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt hätten Jugendliche mit schlechten Schulnoten und sozialen Problemen immer noch große Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden, sagte Bärbel Heil-Trapp, Abteilungsleiterin Jugendberufshilfe beim DWSaar. Angesichts des Fachkräftemangels sei die Wirtschaft aber darauf angewiesen, dass auch benachteiligte Jugendliche einen qualifizierten Berufsabschluss ablegten. Das DWSaar informiert über die verschiedenen Berufsfelder, vermittelt Praktika und bietet sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung

Internet: www.dwsaar.de

Evangelischer Theologe will Papst als Ehrenoberhaupt aller Christen

Bensheim/Bonn (epd). Wenige Wochen vor dem Deutschlandbesuch von Benedikt XVI. hat der evangelische Theologe Reinhard Frieling gefordert, den Papst zum Ehrenoberhaupt aller Christen zu ernennen. „Der Traum von der Gemeinschaft aller Christen kann Wirklichkeit werden, wenn Protestanten dem Papst die Rolle eines Ehrenoberhaupts der Christenheit antragen“, schreibt der ehemalige Leiter des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim in einem Beitrag für die am Donnerstag erscheinende „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“.

Der Papst sollte eine charismatische Führungsrolle einnehmen, forderte der emeritierte Marburger Professor. In außergewöhnlichen Situationen könne der Papst dann „im Namen der ganzen Christenheit“ sprechen. Mit einem gemeinsamen Ehrenoberhaupt würde das Christentum seine Botschaft glaubwürdiger vertreten „als eine in Tausende Kirchen gespaltete Religion“. Das Reformationsjubiläum im Jahr 2017, bei dem an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren erinnert wird, sei der richtige Anlass, um diese Vision zu verwirklichen.

Wegen seines ökumenischen Engagements sei der Papst schon jetzt ein „Sprecher aller Christen“. Für die Umsetzung dieses Vorschlags forderte Frieling von der katholischen Kirche Kompromisse: „Zugunsten einer neuen Führungsrolle müsste der Papst häufig auf eine hierarchische Durchsetzung seines gesetzgeberischen Anspruchs verzichten“. Zudem müssten die reformatorischen Kirchen ihre „Selbstgenügsamkeit“ aufgeben und „mutig ökumenische Konsequenzen“ ziehen.

Einen ähnlichen Vorschlag, der auf Kritik in Kirchen und der Öffentlichkeit stieß, hatte bereits vor zehn Jahren der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich gemacht. Als Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands hatte Friedrich damals gesagt, er könne sich grundsätzlich

einen ökumenisch akzeptierten „Sprecher“ der Weltchristenheit im Dienste der Einheit zwischen den Kirchen vorstellen.

Der Papst besucht vom 22. bis 25. September Deutschland. Stationen seiner Reise sind unter anderem Berlin und Freiburg. Neben päpstlichen Messen sind eine Rede vor dem Deutschen Bundestag sowie eine Begegnung mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Erfurter Augustinerkloster geplant.

Siebte Jüdische Kulturtage in Worms

Worms (epd). Bereits zum siebten Mal finden die Jüdischen Kulturtage in Worms vom 8. bis 18. September statt. Die Veranstaltungsreihe beginnt am Donnerstag, 8. September, mit einer abendlichen Kleinkunstveranstaltung der Schauspielerin Petra Kunik zum Thema jüdischer Humor, wie die städtische Pressestelle am Mittwoch mitteilte. Daneben sind unter anderem ein Konzert der Sängerin Michèle Tauber mit Chansons, Folklore und Klezmer-Musik am 11. September sowie eine Aufführung des Chawwerusch-Theaters am 18. September geplant.

Außerdem bietet die Stadt eine Führung über den alten jüdischen Friedhof von Worms. Der Präses der hessen-nassauischen Kirchensynode, Ulrich Oelschläger, referiert am Donnerstag, 15. September, über den jüdischen Religionsphilosophen Hermann Cohen. Federführend für die Kulturtage ist der Wormser Verein „Warmaisa“, auf dessen Internetseite auch das detaillierte Programm zu sehen ist.

Internet: www.warmaisa.de

Helmut Kohl erhält „Pfälzer Löwen“ für Verdienste um Gemeinwohl

Kaiserslautern (epd). Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl erhält mit dem „Pfälzer Löwen“ die höchste Auszeichnung des Bezirksverbands Pfalz. Damit würdige der Bezirksverband die Verdienste des 81-jährigen CDU-Politikers aus Ludwigshafen-Oggersheim um das Gemeinwohl, sagte Bezirkstagsvorsitzender Theo Wieder (CDU) am Mittwoch in Kaiserslautern. Der Bezirkstag Pfalz hatte die Verleihung an Kohl einstimmig bei seiner letzten Sitzung beschlossen.

Mit dem „Pfälzer Löwen“ wird den Angaben zufolge Kohls politisches Wirken als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident (1969-1976) und deutscher Bundeskanzler (1982-1998) sowie seine Verbundenheit zur pfälzischen Heimat

gewürdigt. Kohl habe die Pfalz stets als zentrale Wurzel und wesentliches Fundament seines politischen Handelns betrachtet, sagte Wieder. Er habe zahlreiche Staatsgäste an wichtige Stätten der Pfalz geführt, wie den Speyerer Dom und das Hambacher Schloss. Mit seinem besonderen Heimatbewusstsein habe Kohl die Pfalz weit über ihre Grenzen hinweg bekanntmacht.

Der Preis wird Kohl nach Angaben des Bezirksverbands bei einem Festakt am 29. Oktober auf dem Hambacher Schloss verliehen. Die Laudatio halte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Jungen Union Deutschland, Philipp Mißfelder. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) spreche ein Grußwort. Der „Pfälzer Löwe“, eine etwa 25 Zentimeter hohe Bronzeplastik des Neustadter Bildhauers Gernot Rumpf, wird seit 1984 für höchste Verdienste um das Gemeinwohl oder um das Wohl der Pfalz vergeben.

Ausstellung in Bad Kreuznach lenkt Blick auf Milchproduktion

Bad Kreuznach (epd). In Bad Kreuznach ist vom 26. August bis zum 8. September die Fotoausstellung „Mensch MACHT Milch“ zu sehen. Die Wanderausstellung im Foyer des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses ermögliche einen kritischen Blick auf die Agrarpolitik der EU und ihre Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft, teilte der Evangelische Kirchenkreis An Nahe und Glan am Mittwoch mit. Superintendent Marcus Harke eröffne am 25. August die Schau, die der Kirchenkreis gemeinsam mit Weltladen & Regiomarkt Bad Kreuznach sowie dem Netzwerk am Turm präsentiert.

Gemeinsam mit kirchlichen Hilfswerken forderten Bauern-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik, heißt es in dem Faltblatt zur Ausstellung. Eine Chance dazu biete die bis zum Jahr 2013 vorgesehene Reform der EU-Agrarpolitik.

In der Schau dokumentieren rund 20 Bildtafeln die Situation europäischer Milchbauern und die Auswirkungen der EU-Politik auf die Entwicklungsländer. Zudem werden Erzeugung und Handel von Futtermitteln für den steigenden Fleischkonsum und deren Folgen für die Verbraucher thematisiert. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der kirchlichen Hilfsorganisationen Brot für die Welt und Misereor sowie von Germanwatch, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter und des European Milk Board.

Öffnungszeiten: Montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr, freitags von 8 bis 13 Uhr.

Altbischof Huber übernimmt Mediation im Fall Amerell

Frankfurt a.M. (epd). Der Berliner Altbischof Wolfgang Huber leitet ein Mediationsverfahren zur Aufarbeitung des zerrütteten Verhältnisses zwischen dem ehemaligen Schiedsrichter-Funktionär Manfred Amerell und dem Deutschen Fußball-Bund (DFB). Nach dem Abschluss des Rechtsstreites strebe der Verband eine abschließende menschliche Aufarbeitung an, teilte der DFB am Dienstagabend in Frankfurt am Main mit.

„Dabei konnte mit Professor Wolfgang Huber eine anerkannte und unabhängige Persönlichkeit der Gesellschaft gewonnen werden“, hieß es. Der ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wolle in den kommenden Wochen mit den Beteiligten intensive Gespräche führen. Bis zum Abschluss des Mediationsprozesses auf Initiative von DFB-Präsident Theo Zwanziger werde es keine Auskünfte zu den Ergebnissen der Gespräche geben.

Amerell war vorgeworfen worden, Schiedsrichter Michael Kempter sexuell belästigt zu haben. Die 1. Zivilkammer des Landgerichts Hechingen hatte im Mai die Klage Amerells gegen Kempter abgewiesen, mit der sich Amerell gegen die Anschuldigung wehrte. Amerell hatte von Kempter wegen der Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte Schadenersatz in Höhe von 150.000 Euro gefordert. Zuvor war das ehemalige Mitglied im Schiedsrichter-Ausschuss bereits in Gerichtsverfahren in Augsburg und München mit seinen Vorwürfen gegen DFB-Präsident Zwanziger gescheitert.

20 Romane für Deutschen Buchpreis nominiert

Frankfurt a.M. (epd). Die Jury des Deutschen Buchpreises hat 20 Romane in die engere Wahl für die Preisvergabe 2011 genommen. „Wir haben uns bemüht, auch auf Abseitigeres zu achten und die Vielfalt der Stimmen und Erzählweisen abzubilden“, sagte die Jurysprecherin Maike Albath, Journalistin beim Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur. Zu der Auswahl gehören die jüngsten Werke von Wilhelm Genazino („Wenn wir Tiere wären“), Peter Kurzeck („Vorabend“) und Astrid Rosenfeld („Adams Erbe“).

Auch Esther Kinsky („Banatsko“), Sibylle Lewitscharoff („Blumenberg“) und Navid Kermani („Dein Name“) sind vertreten. Die Themen reichten von der Aufarbeitung des Lebens in der ehemaligen DDR über die Seefahrt und Philosophie bis zu Liebesbeziehungen und psychischen Ausnahmezuständen, sagte Albath. „Vom nüchternen Protokoll über einen farbenfrohen Realismus bis zu impressionistischen Momentaufnahmen ist alles vertreten.“

Die sieben Jurymitglieder haben nach Albaths Angaben in den vergangenen fünf Monaten 198 Romane gesichtet, die zwischen Oktober 2010 und dem 14. September erschienen sind oder noch erscheinen. Von den Titeln der „Longlist“ benennen die Juroren in einem nächsten Schritt sechs Titel für die „Shortlist“, die am 14. September veröffentlicht wird. Am Abend der Preisverleihung am 10. Oktober im Kaisersaal des Frankfurter Rathauses Römer erfahren die sechs Autoren, an wen der Preis geht.

Mit dem Deutschen Buchpreis zeichnet der Börsenverein des Deutschen Buchhandels seit 2005 jährlich zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse den besten deutschsprachigen Roman des Jahres aus. Der Preisträger erhält 25.000 Euro, die fünf Finalisten jeweils 2.500 Euro. Im vergangenen Jahr hatte der Roman „Tauben fliegen auf“ der Züricher Schriftstellerin und Musikerin Melinda Nadj Abonji das Rennen gemacht.

Internet: www.deutscher-buchpreis.de

Mehr Tierversuche in Deutschland

Vor allem Mäuse landen im Labor

Koblenz/Mainz (epd). In Deutschland ist die Zahl der Tierversuche in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2005 seien jährlich etwa 2,4 Millionen Tiere zu Versuchszwecken benötigt worden, 2009 bereits knapp 2,8 Millionen, berichtet die in Koblenz erscheinende „Rhein-Zeitung“ (Mittwochsausgabe) unter Berufung auf den Tierschutzbericht der Bundesregierung.

Der Anstieg werde unter anderem mit dem Ausbau des Forschungsstandorts Deutschland sowie dem verstärkten Einsatz von transgenen Tieren in der Forschung begründet, hieß es. Diese eigens gezüchteten, gentechnisch veränderten Tiere werden laut Bericht vor allem zur Erforschung von Krankheiten genutzt. Ihre Zahl sei seit 2005 um 68 Prozent auf mehr als 600.000 gestiegen.

Nach Informationen der Zeitung wurden am häufigsten Nagetiere, vor allem Mäuse, für Versuche genutzt. Die Zahl der Kaninchen sei dagegen von 105.000 auf 90.000 im Jahr 2009 gesunken, die Zahl der verwendeten Hunde auf 3.800, dazu kamen 800 Katzen. Etwa ein Drittel der Versuchstiere wurde für die biologische Grundlagenforschung getötet, der größte Teil davon zur Erforschung von Krankheiten bei Mensch und Tier. Weitere 20 Prozent der Tiere seien für die Erforschung und Entwicklung medizinischer Geräte verwendet worden, 25 Prozent zur Organ- oder Zellentnahme, andere für toxikologische Untersuchungen oder Sicherheitsüberprüfungen.

„Ohne die vermehrte Erforschung und Verwendung von Alternativ- und Ersatzmethoden wäre die Anzahl der verwendeten Versuchstiere vermutlich deutlich

stärker gestiegen“, heißt es im Bericht der Bundesregierung, aus dem die „Rhein-Zeitung“ zitiert. Laut Peter Bleser (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, müssen alle Chemikalien nach der EU-Chemikalien-Verordnung einer Risikobewertung unterzogen werden: „Ganz ohne Tierversuche geht es nicht.“ Deutschland sei ein Forschungsstandort, der für weltweit vermarktete Produkte verantwortlich zeichne.

Fliehen oder Verbarrikadieren

Der leidige Streit um das Abschließen von Haustüren

Von Gabriela Reff (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Nachdrückliches Klingeln kündigt die ersten Gäste an. Erwartungsfroh drückt die Gastgeberin auf den elektrischen Türöffner. Jedoch kein Besucher findet sich ein - die Haustür wurde vom Nachbarn oder Vermieter abgeschlossen. Nun ist sportlicher Einsatz gefragt: kurz ein, zwei, manchmal bis zu fünf Stockwerke hinabhechten, um den Freunden Einlass zu gewähren. Schön, wenn inzwischen die Hühnchenbrust in der Pfanne nicht angekokelt ist. Pech, wenn der umsichtige Nachbar danach wieder alles verriegelt.

Es rege sie „tierisch“ auf, dass die Nachbarin immer die Haustür verschließe, schimpft Lena im Internetforum www.urbia.de und löst damit eine rege Diskussion aus. Das genannte Forum ist nicht das einzige, in dem sich genervte Mieter über die Pflicht zum abendlichen Abschließen der Haustür auslassen und über das Für und Wider und vor allem über die Möglichkeiten spekulieren, diese zu umgehen.

Bequemlichkeit ist nur ein Aspekt. An mancher Haustür prallen schlicht unterschiedliche Sicherheitsinteressen aufeinander. Während sich die einen vor unliebsamen Gästen oder Dieben fürchten, treibt die anderen die Furcht um, bei einem Brand nicht rechtzeitig aus dem Haus zu kommen, oder die Sorge, dass Rettungskräfte im Falle eines Notfalls vor verschlossenen Türen stehen könnten.

Der hessische Landesverband der Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus & Grund ist nach eigenen Angaben Marktführer für Mietvertragsformulare. 2009 hat er mit deren Anpassung auf die Querelen in Hausgemeinschaften reagiert. Der Paragraph, der früher die Schließung der Haustür ab 21 Uhr angemahnt hat, fordert nur noch, „die Zugangstüren zum Haus geschlossen zu halten“. „Vereinbarungen in Mietverträgen, nach denen die Haustür ab einer bestimmten Uhrzeit abzuschließen ist, werden vor Gericht kaum mehr anerkannt“, erklärt der Vorsitzende Günther Belz und stellt eine „befriedende Wirkung“ dieser Regelung fest.

Der Verband weiß sich auf der sicheren Seite, entspricht doch seine Formulierung fast wortgleich der Empfehlung, die die Broschüre „Sicher wohnen - Einbruchschutz“ der Polizei-Beratung gibt. Geschlossen bedeute, „dass die Tür zugezogen ist, jedoch nicht zusätzlich verriegelt wurde“, gibt der hessische Landeskriminalamt-Sprecher Siegfried Wilhelm Übersetzungshilfe. Sonst drohten „vermeidbare Personenschäden“ bei Brand oder Gefahr, wird die Befürchtung der Schließgegner in amtsdeutscher Korrektheit bestätigt.

Für diese Situation gibt Holger Schönfeld vom Landesfeuerwehrverband Hessen allerdings Entwarnung. „Kein Notdienst zieht unverrichteter Dinge ab, weil die Haustür verschlossen ist“, sagt der Medienreferent. Schließlich gäbe es jemanden, der den Notfall meldet und mit dem die Einsatzzentrale den Zugang abkläre. Ansonsten würden die Nachbarn durchgeklingelt. Und falls alle Stricke reißen, werde die Feuerwehr geholt, die die Tür gewaltsam aufbreche. „Dies geschieht innerhalb einer von den Feuerwehren garantierten Hilfsfrist von zehn Minuten“, versichert Schönfeld.

Auf den Kosten für die solcherart beschädigte Haustür bleibt in der Regel der Hauseigentümer sitzen. Denn versichert ist dieser Fall „weder in der Gebäudeversicherung des Eigentümers noch in der Hausratversicherung des Mieters“, sagt Martin Sticker von dem Versicherer der Feuerwehren, der Sparkassen-Versicherung in Wiesbaden. Versichert seien Schäden, die bei einem Einbruch entstehen. Bei einem Notfall sei jedoch das Aufbrechen der Haustür durch die Feuerwehr legitim.

Beim Thema Diebstahl rät der Schadensregulierer zu Gelassenheit: Nur äußerst selten verschaffe sich ein Dieb über die Haustür Zugang. Der Königsweg zu einem Einbruch seien offen stehende Terrassentüren und gekippte Fenster. Die Frage, ob die Haustür verschlossen gewesen sei, spiele deshalb im Versicherungsfall keine Rolle, wohl aber, ob die Wohnungstür es war.

Eigentlich ist der Streit vermeidbar, denn die Technik hat längst Abhilfe geschaffen. Einhellig raten Polizei, Versicherung und Haus & Grund zum Einbau von Schlössern, die die Türen selbsttätig verriegeln, sobald sie ins Schloss fallen. „Die Türen sind dann tatsächlich verschlossen, können aber mit dem elektrischen Türöffner von der Wohnung aus geöffnet werden“, erklärt Siegfried Wilhelm. Bei Preisen zwischen 1.800 und 2.500 Euro braucht es allerdings finanziell unerschrockene Hausbewohner, die eine solche Anschaffung als lohnende Investition in den Hausfrieden betrachten.

Impressum

Herausgeber: epd-Mitte GmbH

Geschäftsführer: Hartmut Metzger,
Beethovenstr. 4, 67346 Speyer

Verantwortlich: Klaus Koch,
Beethovenstr. 4, 67346 Speyer,
Tel. 06232/1323-21, Fax -24,
E-Mail: mitte-west@epd.de

Internet: www.epd-rps.de

Veröffentlichung,
auch auszugsweise, nur mit
besonderer Genehmigung.

Bestellungen: epd mitte-west,
Beethovenstr. 4, 67346 Speyer,
Tel. 06232/1323-21, Fax -24,
E-Mail: ladke@evpfalz.de